Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Achtundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus:
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 772

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 4. November
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1875.

Die Nationalversammlung in Versailles.

Als die französische Nationalversammlung am 22. Juli beschloß, ihre Sitzungen am 4. August zu vertagen und am 4. November wieder zu eröffnen, geschah dies hauptsächlich zu dem Zwecke, das Ministerium Buffet zu halten. Mit einer latenten Ministerkrisis ist demnach die Versammlung in die Ferien gegangen und morgen, wenn sie wieder zusammentritt, findet sie dieselbe nur schwach verdeckte Krise wieder vor. In den 3 Monaten Ferien ist die Frage, ob Buffet zurücktreten werde oder nicht, bis zum Ueberdruß ventilirt worden.

Dieser heimliche Kriegszustand zwischen dem reaktionären Präsidenten des Ministeriums und den Liberalen datirt seit dem 15 Juli. Herr Buffet hatte sich an diesem Tage nicht begnügt, die Bonapartisten zu vertheidigen, sondern auch die Republikaner angegriffen, indem er die Behauptung aufstellte, daß nicht von den Bonapartisten sondern von den Radikalen die Hauptgefahr drohe.

Um die Feindseligkeit dieser Erklärung vollständig zu begreifen, muß man sich erinnern, daß Frankreich am 25. Februar eine neue Verfassung erhalten hatte, welche im ersten Paragraphen das Amendement Wallon enthält: „Der Präsident der Republik (!) wird durch Stimmenmehrheit von der aus den Mitgliedern des Senats und der Deputirtenkammer zusammengesetzten Nationalversammlung gewählt." In dieser Bestimmung ist also die Republik anerkannt, für diese gesetzliche Anerkennung haben die vereinigten Parteien der Linken, also radikale wie konservative Republikaner gekämpft und gestimmt, und ein halbes Jahr später behauptet ein Minister der Republik, daß ein Theil der Republikaner die Existenz der Republik bedrohe.

Freilich muß man Herrn Buffet zugestehen, daß er das Wort Republik sorglich vermieden hat, ebenso wie in seiner Programmrede am 12. März. Er sprach von Frankreich, von der französischen Nation, vom Staate, aber das Wort „Republik" brachte er nicht über die Lippen. Der Ministerpräsident hegt einen fanatischen Haß gegen republikanische Einrichtungen und begünstigt deshalb Bonapartisten, Orleanisten, Legitimisten und Klerikale, kurz Alle, welche seine Abneigung theilen. Er fühlt sich als Minister einer heimlichen Monarchie und will die Republik trotz der Verfassung nicht anerkennen. Als er am 12. März seine Programmrede hielt, theilte er der lautlos horchenden Nationalversammlung in Form einer Deklaration mit, daß das Ministerium très nettement conservateur sein werde, und in der That, er hat seine Stellung als Ministerpräsident und Minister des Innern weidlich dazu ausgebeutet, um die monarchischen Kräfte zu konserviren.

In seinem Munde hat deshalb der scheinbar unlogische Vorwurf einen vernünftigen Sinn: „Die Radikalen sind eine Hauptgefahr der heimlichen Monarchie, welche gegenwärtig unter den Formen einer Republik erscheint."

Es ist bezeichnend für die Machtverhältnisse der Parteien, daß der Leiter des ersten Ministeriums, welches unter der neuen republikanischen Verfassung vom 25. Februar an's Ruder kam, ein Feind der Republik ist. Aber darin spiegelt der Präsident des Ministeriums den Präsidenten der Republik wieder. Mac Mahon, welcher vom Kaiserreiche den Marschallstab und den Titel eines Herzogs von Magenta erhielt, wurde am 24 Mai 1873 von den vereinigten Fraktionen der Rechten an den Platz des liberalen Thiers berufen. Auch ihm sind die konservativen Interessen heilig, und er hält die Republik nur, weil sie ihm die Herrschergewalt in die Hände legt. Er stellte deshalb an die Spitze des neuen Ministerium der Republik einen monarchischen Reaktionär. Der neue Ministerpräsident behielt vier von den alten Ministern, den Herzog Decazes als Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, den General Cissey als Kriegsminister, den Admiral de Montaignac als Chef der Marine und Herrn Caillaux als Leiter der öffentlichen Arbeiten. Dazu traten zwei Mitglieder des linken Zentrums, die Herren Dufaure (Justiz) und Léon Say (Finanzen) noch ein Vertreter der Rechten, des Vicomte de Meaux (Ackerbau) und schließlich Herr Wallon (Unterricht.)

Dies ist das Koalitionsministerium vom 11. März. Wie wird sich nun ihm gegenüber die Nationalversammlung verhalten? Seit dem Frühjahr 1870, wo diese Versammlung in Bordeaux zusammentrat um als Repräsentantin der französischen Nation mit Deutschland Frieden zu schließen, hat sie genug gethan, um ihr Mandat dem Volke zurückzugeben. Nachdem sie am 25. Februar dem Lande noch eine neue Verfassung gegeben, bleibt ihr nichts zu thun übrig, als ein Wahlgesetz herzustellen, wonach die neue Volksvertretung zu wählen ist.

Wird nun die Nationalversammlung das Wahlgesetz dieses Ministeriums in Berathung nehmen?

Die Parteien der Linken scheinen darüber noch nicht einig zu sein, dagegen soll das Ministerium bereits am letzten Montage endgültige Beschlüsse über sein Verhalten in der Nationalversammlung gefaßt haben. Welcher Art dieselben sein mögen, ist heute noch unbekannt, aber man kann sich denken, daß der Ministerpräsident nochmals seinen Kollegen an den Puls gefühlt hat, ob und in wieweit sie mit ihm solidarisch verbunden gehen werden. Wenn der Minister des Aeußern, Herzog von Decazes, in dem letzten Ministerrathe erklärt hätte: „Der äußere Friede ist gesichert, sorgen Sie, Herr Präsident, jetzt für den Frieden im Innern!" so würde er die Situation vollständig richtig gezeichnet haben. Denn die Nationalversammlung tritt unter den friedlichsten Aussichten zusammen, um ihre vermuthlich letzten Aufgaben zu erledigen. Keine Partei kann deshalb auf äußere Schwierigkeiten hinweisen und die Lage für sich ausnützen; die Versammlung wird nur aus der inneren politischen Lage ihre Motive zu nehmen haben.

Der Bericht über die Raiffeisen'schen Darlehnskassen.

Von Dr. Schulze-Delitzsch.

Der Bericht der Enquete-Kommission des landwirthschaftlichen Ministeriums über die Raiffeisen'schen Darlehnskassen mit einem Anhange liegt vor und fordert bei der Wichtigkeit der darin behandelten Frage zu einer Besprechung auf, welche ich auf einige Hauptpunkte beschränke, indem ich überall auf meine kurz vorher über denselben Gegenstand veröffentlichte Broschüre*) zurückverweise.

Wenn im Eingange des Berichts (S. 2) bei Erwähnung der wesentlichen Verdienste der bez. Vereine um die Verbesserung der Kreditverhältnisse der kleineren Landwirthe die Kommission im Allgemeinen den Ausspruch thut: „daß, wenn hier und da in demselben unverkennbare Mängel sich finden, deshalb doch nur eine weitere Vervollkommnung, nicht aber eine gänzliche Verwerfung in Frage kommen kann", — so kann man dem füglich zustimmen. Auch die von mir früher und in der bez. Broschüre gemachten Vorschläge gehen davon aus, die Vereine — deren wohlthätige Wirksamkeit gegen die wucherische Ausbeutung der ländlichen Kleinbesitzer jener Gegenden nicht bestritten werden soll — zu erhalten. Nur fordere ich nicht bloß die Abstellung einzelner Mängel, sondern eine förmliche Reorganisation, um die Vereine nicht bloß zu erhalten, sondern sie durch eine solide Grundlage und zweckentsprechende Einrichtungen zu befähigen, im höheren Grade als bisher, insbesondere durch Ueberleitung zur wirklichen Selbsthilfe, ihren Aufgaben gerecht zu werden.

Nun hatte aber die Kommission, gerade von dem wohlwollenden Standpunkte aus, den sie den Vereinen gegenüber einnimmt, die entschiedenste Veranlassung, die wahrgenommenen „unverkennbaren Mängel" aufzudecken und die Mittel zur Abhülfe anzugeben. Dies thut sie aber nicht. Vielmehr geht ihr Bericht über die bedenklichsten Punkte mit einer flüchtigen Erwähnung hinweg, welche mehr geeignet ist, dieselben zu verhüllen, als hervorzuheben. Mag dies zum Theil mit dem Umstande zusammenhangen, daß dieselbe nur mit den Förderern der bez. Kassen Berührung gehabt, von den Gegnern aber — z. B. Hrn. Regierungsrath Nöll in Koblenz — sich völlig abgeschlossen hielt, so war doch in den vorliegenden Schriften und authentischen Organisationen der Betheiligten ein Material vorhanden, welches für ein Urtheil über viele Streitpunkte genügenden Anhalt bot. Das Folgende möge hiervon in Kürze zum Nachweis dienen.

Zunächst ist es auffällig, daß die ganze Auffassung und Darstellung der Kommission vom Stande und der Verwaltung der Kassen im Allgemeinen günstiger ist, als bei Herrn Raiffeisen selbst, von dessen Schilderung in seinem bekannten Buche**) das Bezügliche wörtlich in meiner Broschüre (S. 19, 20 und 26) mitgetheilt ist. Nach ihm steht z. B. „der Betrieb und die ganze Kenntniß des Geschäfts in den meisten Vereinen nur auf einer einzigen Person, mit deren Abtreten Alles in die größte Verwirrung gerathen kann." Ferner sind „Bezirksinspektoren zur Beaufsichtigung der Kassen unentbehrlich", und endlich ist „das einzige Mittel, die Kassen für die Zukunft zu erhalten, die Errichtung eines Zentral-Instituts zur Geldvermittlung und Beschaffung", wozu die von der rheinischen Provinzial-Hilfskasse subventionirte Neuwieder Provinzialbank erkoren ist (cf. Raiffeisen, 2 Aufl. S. 301, 305 ff, 311, 317.) Ob und wie sich dies alles verhält und wie es mit den anweiten Anführungen des Herrn Raiffeisen stimmt, z. B. „von der absoluten Sicherheit seiner Vereine bei guter Verwaltung" und „von der Kreditnoth selbst der wohlhabenden Landbewohner, welche in den meisten Fällen ihre Immobilien bereits gerichtlich verpfändet haben", (cf. Raiffeisen, 2 Aufl. S. 22, 305, 306, 322; Beck, 1. Jahresbericht, S. 25 ff.; meine Broschüre S. 19-21): darüber mußte man doch eine weitere Aeußerung der Kommission erwarten, welcher diese Kundgebungen nicht entgangen sein konnten. Statt dessen werden solche und andere längst in voller Oeffentlichkeit ventilirte wichtige Fragen in dem Berichte entweder umgangen oder mit einer flüchtigen Erwähnung abgethan, ohne daß dazu Stellung genommen wird. Dies ist z. B. der Fall in Bezug auf die heillose vierwöchentliche Kündigungsklausel der Schuldscheine nach den Raiffeisen'schen Statuten bei den auf Jahre gewährten Krediten (S. 22–26 m. Broschüre), sowie in Bezug auf die Abschaffung der Geschäftsantheile der Mitglieder und den dadurch herbeigeführten Konflikt mit dem Genossenschaftsgesetz (S. 30–33 m. Brosch.) Daß gerade bei dem letzteren Punkte die definitive Regelung gar nicht länger aufgeschoben werden kann, mußte man sich doch selbst sagen.

In sehr eigenthümlicher Weise tritt sodann das Verhalten der Kommission der neuwieder Gründungen gegenüber auf, welche, wie wir erwähnten, Herr Raiffeisen und seine Freunde für so wesentliche Bestandtheile ihres Systems halten, daß sie das Bestehen der lokalen Kassen daran knüpfen. Der Aufbau dieser neuwieder Zentralinstitute: a) der Rheinischen Landwirthschaftlichen Genossenschaftsbank, unter Herrn Raiffeisen, b) der Deutschen Landwirthschaftlichen Genossenschaftsbank, unter Herrn Capaun-Karlowa, ist denn in der That der Art, daß er absolut vor der Kritik nicht bestehen kann. Da treten die Lokal-Kassen auf Herrn Raffeisens Andringen — von etwa 100 haben sich indessen erst 28 dazu entschlossen — zunächst der Rheinischen Genossenschaftsbank als Mitglieder bei; sodann wird diese selbst wiederum Mitglied der Generalbank, welcher außer ihr einzig noch zwei ganz gleiche Provinzialbanken, die zu Iserlohn (Westfalen) und Darmstadt (Hessen), und sonst Niemand beigetreten sind. Und diese sämmtlichen Institute von den Lokal-Kassen bis zur Generalbank sind eingetragene Genossenschaften ohne Geschäftsantheile, ohne Dotirung mit eigenen Mitteln, welche Herr Capaun-Karlowa aus den Prämienreserven einer von ihm zu gründenden Lebensversicherungsgesellschaft zu ersetzen gedenkt! (Näheres in meiner Broschüre S. 27–29). So werden die Mitglieder der beigetretenen Lokalvereine in die Solidarhaft für die Provinzialbanken und durch diese wiederum in die der Generalbank verschleppt, in welcher wir als dem Haupte der wunderbaren Schöpfung den wahrhaften genossenschaftlichen Rattenkönig vor uns haben.

Natürlich stieß diese ganze Prozedur auch bei der Kommission auf ernste Bedenken, und so hat sie die Gebrechen und Gefahren derselben in dem Bericht (S. 22 26) hinlänglich gekennzeichnet, und auch die Gründe, welche gerade die besser situirten Lokalvereine vom Beitritt abhalten, hervorgehoben. Trotzdem hat sie sich nicht zur Verwerfung der fraglichen Schöpfung, wie sie aus den eigenen Prämissen mit Nothwendigkeit folgt, entschließen können. Vielmehr wird das Resumé folgendergestalt gegeben: „a) daß, so lange der Kredit (d. h. die Subvention) bei den Provinzial-Hilfskassen nicht erschöpft und die Menge der von den Lokalvereinen der Bank anvertrauten Gelder nicht bedeutend sei, wohl keine ernste Bedenken vorlägen, ohne diese Voraussetzungen aber die Lage gefährlich erscheine; b) daß ein Bankinstitut, welches das eigene Kapital und die disponiblen Mittel der Vereine bankmäßig anlegt, in Zeiten der Noth von Werth sein könnte; daß dies aber selbst dann noch zweifelhaft sei, wenn sich ein solches Institut, noch dazu an einem Nebenplatze, auf den Verkehr der Vereine ausschließlich beschränken solle."

Auf was, — so fragt man — läuft dies nun anders hinaus, als darauf: daß, wenn die Banken anders wären, als sie sind, ja als sie nach ihrer ganzen Organisation sein können und nach den Intentionen ihrer Gründer sein sollen, sie als ungefährlich und nützlich anzuerkennen sein würden? denn: zu a) ist nicht nur die dauernde Subvention durch die Provinzial-Hülfskassen unsicher — von der westphälischen Provinzialkasse ist sie, wie verlautet abgeschlagen, —, sondern als Bedingung der erfolgreichen Wirksamkeit der Banken von den Gründern gerade die möglichst starke Betheiligung der Lokalvereine mit Depositen erstrebt; zu b) steht fest, daß die Banken als Genossenschaften ohne Geschäftsantheile das geforderte eigene Kapital nicht haben, gar nicht haben können und wollen, daß sie in Neuwied auf einem von Bankverbindungen entfernten Nebenplatze sich befinden, für bankmäßige Operationen durchaus nicht eingerichtet und auf den Verkehr mit den Lokalvereinen beschränkt sind. Erfüllte die Kommission ihre Aufgabe nicht besser, wenn sie diese Mängel der bez. Banken gleich offen aussprach und auf eine Reorganisation derselben drang? Warum statt dessen die Sache in allerlei Wenn und Aber verhüllen, den Mangel der Geschäftsantheile und somit das thatsächliche Nichtvorhandensein einer Kardinalforderung, des Besitzes eigenen Kapitals Seitens der Banken, verschweigen, so daß nur die von den Umständen Unterrichteter das Verdeckte herauslesen können?

Ganz besonders auffällig ist dabei noch, daß sich der Bericht in seiner Kritik auf die Neuwieder Provinzialbank beschränkt, ohne die Generalbank dabei zu erwähnen. Da nicht bloß die Provinzialbank selbst, sondern auch sämmtliche ihr beigetretenen Lokalkassen durch die Mitgliedschaft der ersteren bei der Generalbank in das Risiko dieser solidarisch hineingezogen sind, so war die Prüfung dieses Verhältnisses durch die Kommission unerläßlich. Ein Urtheil über die Provinzialbank ohne ein gleichzeitiges Urtheil über die Generalbank, in deren Geschäfte und Risiko jene verwickelt ist, entbehrt daher jeden Haltes. Daß freilich die bei der ersten gerügten Mängel auch bei der letztern wo möglich in verstärktem Maße zutreffen, ist nach dem Berichte selbstverständlich, da hier die Beschränkung der Mitgliedschaft auf die drei Provinzialbanken hinzutritt und, dem Genossenschaftsgesetz entgegen, Nichtmitglieder als Vorsteher fungiren (S. 27, 28 m. Broschüre).

Gerade dieses Haltemachen der Kritik vor der Generalbank hat nun aber der Kommission eine nicht gerade liebsame Frucht getragen. Denn wie hätte ohnedies das landwirthschaftliche Ministerium dem Bericht die Bemerkungen dieser selben Generalbank anhängen können, durch welche diese letztere nun ihrerseits die Kritik über den Bericht ausübt und damit das letzte Wort, den Spruch in der eigenen Sache erhält. So schließt denn die Enquete mit einer Art Zeugniß für die Kommission durch die Erklärung der Direktoren der Generalbank ab: „daß sie sich durch den Bericht, welcher ganz ihren Wünschen und Erwartungen entspricht, für befriedigt erklären." Daß von vielen in die Sache Eingeweihten diese Befriedigung der Herren nicht getheilt wird, indem sie nach dem Auftreten einzelner Mitglieder der Kommission Anderes erwarten durften, fängt sich bereits zu zeigen an und wird bei den weiteren Erörterungen, welche der nach Mittheilungen offiziöser Blätter in Aussicht gestellten Unterstützung aus Staatsmitteln vorgehen müssen, weiter zum Ausdruck gelangen. Möchte dabei eine kräftige Anregung zum Einlenken in die rechten Wege gegeben werden, auf denen die Kassen den von ihnen erstrebten gemeinnützigen Zielen mit Aussicht auf nachhaltigen Erfolg näher treten können.

*) Die Raiffeisen'schen Dahrlehnskassen in der Rheinprovinz und die Grundkreditfrage für den ländlichen Kleinbesitz von Dr. H Schulze-Delitzsch. Leipzig bei Julius Klinkhardt, 1875.

**) Die Darlehnskassen ꝛc. als Mittel zur Abhilfe der Noth der ländlichen Bevölkerung ꝛc. Praktische Anleitung ꝛc. 2 Aufl. Neuwied, 1872.

Deutschland.

Σ **Berlin**, 2. November. Während die Reichstagsabgeordneten von Privatinteressentenkreisen mit Drucksachen überschwemmt werden, gehen die Regierungsvorlagen so spärlich ein, daß die auswärtigen Abgeordneten den größten Reiz empfinden müssen, aus Mangel an ernsthafter Beschäftigung wieder abzureisen. Das Budget fehlt in seinen Haupttheilen noch immer. Der Etat des auswärtigen Amtes ist heute erschienen. Die mehrfach angekündigte Erhebung des deutschen Gesandten in Rom ist darin nicht vorgesehen. Im Uebrigen fährt das auswärtige Amt auch in diesem Jahre fort, die Gunst der öffentlichen Meinung zur reichlichen Dotirung seines Ressorts und seines Personals zu verwerthen. Seit 1872 ist dieser Etat um ein Drittel, seit 1870 im Verhältniß von 7 zu 11 erhöht worden. Diesmal wird das Gehalt des Gesandten in Washington auf 63000 M., desjenigen in Stockholm auf 40.000 M., des Gesandten in Rio de Janeiro auf 38000 M. erhöht. Für die fünf zentralamerikanischen Freistaaten soll ein mit 36,000 M. dotirter Generalkonsul, wahrscheinlich in Guatemala, bestellt, auch für Moskau (bisher kaufmännischer Konsul) ein Konsul mit 24,000 Mk. Besoldung angestellt werden. In Wien wird ein Botschaftshotel, wozu ein Grundstück bereits erworben, für 1 Mill. erbaut und eingerichtet. Staatssekretär v. Bülow soll für „Gardinen, Rouleaux, Portieren und einige Spiegel" in den größeren Räumen seiner Dienstwohnung, sowie Ergänzung der Mobilien in den Geschäftsräumen des auswärtigen Amtes die Summe von 81,000 M. angewiesen erhalten. Auch Hr. v. Keudell in Rom wünscht den großen Saal im Palast Cafarelli in einer des deutschen Reiches würdigen Weise mit Gardinen, Divans und Beleuchtungsapparaten zu versehen, „um Römer und Landsleute zu größeren Festen vereinigen zu können." Hierfür und für sonstige Bauten um den Palast Cafarelli auf dem auf dem alten Kapitol sollen 25,300 M. aufgewandt werden. Die Beseitigung der Baracken, welche die Front des Palastes „in einer Weise verunzieren, die eines von zahllosen Fremden besuchten Besitzthums des deutschen Reiches unwürdig ist", hat dabei auch noch den nützlichen Zweck, dem Gesandten ein neues Stallgebäude und dem ersten Sekretär in der Casa Tarpea eine Dienstwohnung zu beschaffen — Seit 1852 werden bekanntlich die Telegraphen-Leitungen in Deutschland oberirdisch geführt, weil die vorher eingerichteten unterirdischen Leitungen sich in Bezug auf Isolation nicht bewährt

halten. Mit Rücksicht auf die Fortschritte der neueren Technik beabsichtigt man jetzt wieder auf denjenigen Linien, wo ein mit der Stabilität derselben und mit der Sicherheit des Betriebes nicht mehr vereinbare Belastung der Gestänge stattfindet, unterirdische Leitungen anzulegen. Die erste größere soll auf der Strecke von Berlin bis Halle zur Ausführung kommen. — Eine nähere Prüfung des neuen Etats ergiebt, daß die **Vereinigung der Post und Telegraphie** vorläufig keineswegs sehr erhebliche Kostenersparnisse mit sich bringt. Das höhere Personal der Telegraphie erfährt nur in sofern eine Verminderung, als die 12 Telegraphendirektoren in höhere Postämter einrücken, dagegen wächst die volle Zahl der Telegraphen-Direktionsräthe den vereinigten Direktionen zu, während die Klasse von (28) Telegrapheninspektoren bei den Direktionen neugeschaffen wird. Auch wird eine neue Klasse in den Obertelegraphensekretären abgezweigt; die Stellen dieser und der Telegraphensekretäre erfährt eine Vermehrung um 23. Das höhere Telegraphenpersonal hat darum alle Ursache mit der Verschmelzung zufrieden zu sein, zumal Herr Stephan dieselbe geschickt benutzt, um durch gewisse Abrundungen der allerdings sehr mäßig bezahlten höheren Klassen der Post- und Telegraphenbeamten einige Gehaltverbesserungen zuzuwenden. Dagegen erfährt allerdings das aus dem Unteroffizierstande hervorgehende Personal der Obertelegraphisten Einschränkungen, namentlich weil gerade die von diesen verwalteten, bisher selbständigen kleineren Telegraphenämter mit Postanstalten verbunden werden. Die Zahl der Obertelegraphisten soll 1876 von 1820 auf 1700 und demnächst auf 1500 zurückgeführt werden. Nach dem Etat würden 241 selbständige Telegraphenämter] von den 337] pro 1875 etatsmäßig vorgesehenen bestehen bleiben, somit durchweg alle diejenigen mit der Post verbunden werden, welche weniger als 3800 M. Gebühreneinnahme jährlich haben. Bisher fand die Vereinigung mit der Post durchweg erst bei weniger als 2500 M. Gebühreneinnahmen statt. Uebrigens sind schon im 3. Quartal d. J. 113 Telegraphenämter mit Postanstalten vereinigt worden.

PVC. **Berlin**, 2. Novbr In diesem Wintersemester hat Prof. Dr. Pfleiderer, früher in Jena, ein Vertreter der freieren Richtung der prot. Theologie, seine akademische Thätigkeit angetreten. In seiner öffentlichen Antrittsvorlesung über die deutsche Religionsphilosophie und ihre Bedeutung für die Theologie der Gegenwart — dieselbe ist auch im Druck erschienen (im Verlag von G. Reimer), — bezeichnet der Schüler des tübinger Theologen F. C. Baur es als die Hauptaufgabe der theologischen Wissenschaft, auf Grund der neu errungenen Ergebnisse unserer exakten Wissenschaften (der historischen und naturwissenschaftlichen) die religionsphilosophischen und metaphysischen Probleme im Geist unserer großen Denker durchzuarbeiten. — Der Evang. Ober-Kirchen-Rath hat in einem Generalbescheide an die Provinzialsynoden sämmtliche Anträge, welche auf Abschwächung der rechtlichen Bedeutung der Zivilehe abzielten, insbesondere die Wiederaufnahme der Formel der „Zusammensprechung der Eheleute" entschieden abgelehnt. — Der Vortrag des Prof. und Geh. Regierungs-Raths Meitzen über die Mitverantwortlichkeit der Gebildeten und Besitzenden für das Wohl der arbeitenden Klassen, welcher auf der dresdener Konferenz bei den Freunden der „inneren Mission" so wenig Beifall fand, ist so eben im Druck erschienen. Die echt wissenschaftlichen und sachlichen Ausführungen des Referenten, welcher vom volkswirthschaftlichen und staatswissenschaftlichen Standpunkt aus im Interesse der Wahrhaftigkeit der religiösen Ueberzeugungen der Gebildeten die Freiheit des Bekennens verlangt, erklären den Unwillen, mit welchem die pietistische und konfessionelle Partei über die „Taktlosigkeit" eifern, derartige Wahrheiten ihnen gegenüber auszusprechen.

DRC. **Berlin**, 2. November. Nachdem durch neuere Bestimmung die Versendung von Geldern bis 300 M. einschließlich durch Postanweisung gestattet ist, hat das preußische Staatsministerium beschlossen, daß die allgemein für alle Staatsverwaltungszweige seither vorgeschriebene Einrichtung, nach welcher über Zahlungen an auswärtige Privat-Empfänger bis 150 M. einschließlich die Postscheine als gültige Rechnungsbelege angesehen und die diesfälligen Geldsendungen durch Postanweisungen bewirkt werden können, dahin erweitert werde, daß dieselben fortan auch auf alle Zahlungen der gedachten Art bis zum Betrage von 300 M. einschließlich Anwendung finden kann

— Das bereits erwähnte Schreiben der elf Ausschußmitglieder des Landesökonomie-Kollegiums an den Fürsten Bismarck lautet folgendermaßen:

Berlin, 13. Oktober 1875

Durchlaucht!

Die unterzeichneten elf Männer haben, als Vertreter der elf königlich preußischen Provinzen den Ausschuß des königlich preußischen Landesökonomie-Kollegii bildend, auf Berufung ihres Herrn Ressortministers im Namen der von ihnen vertretenen Landwirthschaft demselben nach eingehender Berathung beiliegenden Antrag unterbreitet. Die Unterzeichneten haben das feste Vertrauen, daß innerhalb der ihm zustehenden Kompetenz unser Herr Minister auf das Kräftigste für den erbetenen Einfluß einstehen und thätig sein wird. Die Unterzeichneten haben aber auch den Umstand ihres Beisammenseins und ihres einmüthigen Einverständnisses über eine für die Stellung der Landwirthschaft im staatlichen Leben so hochwichtige Frage nicht unbenutzt lassen wollen, um auch Euer Durchlaucht sich zu nähern, dessen mächtiger, weitreichender Einfluß auf die Gestaltung unserer deutschen Zollpolitik, sowie das der Landwirthschaft in verschiedenen, dankbar begrüßten Kundgebungen stets ausgesprochene wohlwollende Interesse uns zu dem Wunsche ermuthigt, auch Euer Durchlaucht gegenüber Zeugniß von der uns im Vereinsleben und durch sonstige Wahrnehmung bekannt gewordenen Ueberzeugung des weitaus größten Theiles unserer Berufsgenossen abzulegen. Wir dürfen, indem wir dies unternehmen, Euer Durchlaucht diese Ueberzeugung dahin aussprechen, daß die preußischen Landwirthe mit Freuden nicht nur den Zeitpunkt begrüßen, der die ihnen direkt und indirekt schädlichen Eisenzölle gesetzlich in Fortfall bringt, und eine Abänderung dieses Gesetzes zu Gunsten auch nur vorübergehender Prolongation dieser Zölle als eine bedauernswerthe rückläufige Bewegung unserer Zollgesetzgebung ansehen würden, sondern daß dieselben auch über diesen Einzelfall hinaus eine Fortentwickelung der Zollgesetzgebung nur dann als eine heilsame erwarten dürfen, wenn dieselbe sich unter dem Einfluß der leitenden Gedanken der durch die internationalen Handelsverträge von Euer Durchlaucht selbst eingeleiteten Handelspolitik vorwärts bewegt.

Mit hochachtungsvoller Verehrung zeichnen sich Euer Durchlaucht

ganz gehorsamst
die Mitglieder des Ausschusses des königl. preuß.
Landes-Oekonomie-Kollegii.

Bockelmann für Schleswig-Holstein v. Hagen für Pommern. v. Herford für Mark Brandenburg. v. Loes für Westfalen. Lehmann für Posen. v. Lenthe für Hannover. v. Nathusius-Königsborn für Sachsen. vom Rath für Rheinland. A. Richter für die Provinz Preußen. Frhr. v. Richthofen für Schlesien. Wendelstadt für Hessen-Nassau.

Beilage. Beschluß.

Der Ausschuß des Landes-Oekonomie Kollegii ersucht Se. Exzellenz den Herrn Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, daß derselbe in seiner Eigenschaft als Mitglied des königlich preußischen Staatsministeriums dahin wirkt, daß die Stimmen Preußens im Bundesrathe des deutschen Reiches dahin abgegeben werden,

jede Modifikation oder Sistirung des Gesetzes vom 7. Juli 1873, sowie sonstige Anträge im protektionistischen Sinne abzulehnen."

— [Personalien.] Der Ober Tribunalsrath Michels ist in Veranlassung seines fünfzigjährigen Amts-Jubiläums, bei dessen Feier am 21. September d. J. demselben von dem Kaiser und Könige die Insignien des Rothen Adler-Ordens zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen worden sind, von der Juristen-Fakultät der Universität zu Greifswald, seiner Vaterstadt, honoris causa zum Doktor beider Rechte promovirt worden. — Der erste Direktor der General-Lotterie-Direktion, Hr. Tuchen, ist mit dem 1. November aus dem Amte geschieden, welches bis Neujahr kommissarisch verwaltet wird. — Bekanntlich soll das Institut der Fabrikinspektoren über die ganze Monarchie ausgedehnt werden. Die „Post" theilt folgende Ernennungen mit: Der Premier Lieutenant a. D. Reichelt (auf der polytechnischen Schule in Aachen ausgebildet) ist mit der Fabriken-Inspektion in den Regierungsbezirken Koblenz, Trier und Köln betraut. Der Ingenieur Haertel, bisher im Dienste des magdeburger Dampfkessel-Revisions-Vereins, hat die Fabriken-Inspektion in der Provinz Pommern übernommen und in der Provinz Hannover wird der frühere technische Direktor der Georgmarienhütte Lührmann als Fabriken-Inspektor fungiren. Die Fabriken-Inspektor-Stelle für den Regierungsbezirk Düsseldorf ist noch vakant und wegen der Provinz Westfalen und des Regierungsbezirks Frankfurt schweben Verhandlungen.

— Die „Germania" hat in den letzten Tagen mit ihren „Verantwortlichen" schnell gewechselt; nach Herrn Taube's Verhaftung hatte „für die Redaktion verantwortlich" Andrzej Popiolkowski gezeichnet, zuletzt am 27. Oktober; ihm folgte am 28. Oktober A. L. Gierse, der aber schon am 2. November in dem Abgeordneten Christoph Joseph Cremer einen Nachfolger erhielt.

— Betreffs der Verjährung eines Preßerzeugnisses fällte die siebente Kriminaldeputation am Sonnabend eine höchst bedeutungsvolle Entscheidung. In der am 1. Dezember v. J. erschienenen Nummer des inzwischen eingegangenen sozial-demokratischen Blattes „Der Sozialist" fand die Staatsanwaltschaft das Vergehen der Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise, in Folge dessen der Redakteur desselben, Wilhelm Alwin Schuster, unter Anklage gestellt wurde. Ehe in die Verhandlung eingetreten worden, machte der Angeklagte den Einwand der Verjährung, worauf der Vorsitzende des Gerichtshofes konstatirte, daß am 13. Mai c. der Untersuchungsrichter Johl den Inquirenten bestellt und der Letztere am 2 Juni die Vorladung der Angeschuldigten verfügt hat. Staatsanwalt Schütz erachtete durch die am 13. Mai c vorgenommene Bestellung des Inquirenten die Verjährung unterbrochen und beantragte demgemäß, in die Verhandlung einzutreten. Der Gerichtshof, unter dem Vorsitz des Stadtgerichtsdirektors Reich, erkannte dem gegenüber auf Unzulässigkeit des Verfahrens wegen eingetretener Verjährung, indem in der Bestellung des Inquirenten nur eine Generalverfügung, aber keine richterliche Handlung gefunden werden könne. Dagegen wurde dem Staatsanwalt das Recht vorbehalten, das Unbrauchbarmachungs-Verfahren in Antrag zu bringen.

Danzig, 1. Novbr. [Arbeiterentlassungen auf der kaiserlichen Admiralität.] Auf der kaiserlichen Admiralität zu Danzig ist ganz plötzlich einem Theil der Arbeiter von der Ausrüstungs-Abtheilung gekündigt worden. Es sind dies alle im Seefach ausgebildete Leute, welche bereits 15 bis 20 Jahre mit der Anfertigung, resp. Ausbesserung der Takelage beschäftigt waren. Auf ihr Befragen nach dem Grund der Entlassung wurde ihnen von ihren nächsten Vorgesetzten geantwortet, sie hätten ja die ihnen angebotene Akkordarbeit für den gebotenen Preis nicht angenommen. Die Arbeiter sollten nämlich eine Arbeit für 900 Mark ausführen, für welche früher fast die Hälfte mehr gezahlt wurde. Auf Verwenden bei der Ausrüstungs-Direktion bekamen sie dagegen den Bescheid, daß die kaiserliche Admiralität bereits im vorigen Jahre die Reduzirung der Takler angeordnet habe, doch sei dieselbe damals verschoben worden, weil noch Arbeit vorhanden war; jetzt wäre aber Mangel an Arbeit eingetreten und folgedessen würden sie alle ohne Ausnahme entlassen. Wie es heißt, werden die von dieser Maßnahme Betroffenen sich an das Marine-Ministerium wenden.

Kiel, 31. Oktober. Die Landespartei hat einen Erfolg, ie Partei der Dänen einen Verlust zu verzeichnen. Durch unge-

Eine Wunderwelt im Osten.

Das geheimnißvolle Innere Neu-Guinea's ist in jüngster Zeit durch einen kühnen Entdecker erschlossen worden, dessen Nachrichten in weitesten Kreisen bekannt zu werden verdienen. Hektor Bally Lawson heißt der muthige Mann.*) Seine Mittheilungen sind hie und da angefochten worden, aber sicher ohne Grund.

Lawson landete in dem Dorfe Lying, an der Südküste von Neu-Guinea, um von hier aus das Land in seiner größten Breite zu durchmessen. Die Regenzeit war eben vorüber und die Vegetation prangte in beispielloser Ueppigkeit. Zwischen Riesenbäumen, welche den kalifornischen an Höhe kaum nachstanden und mit gelben und purpurrothen Blüthen bedeckt waren, schossen die dicken saftigen Halme des Zuckerrohres empor und bildeten, von den Ranken der duftenden Vanille durchflochten, undurchdringlich erscheinende Zäune, unter denen es von meterlangen giftigen Eidechsen und fußgroßen Skorpionen wimmelt, deren Stich nur dem Rinoceros ungefährlich ist. So würde es dem Menschen unmöglich sein, diese Walddichte zu durchreisen, wenn nicht die Natur mit derselben weisen Fürsorge, mit welcher sie dem Beduinen das Schiff der Wüste gegeben hat, dem Neuguineaner eben jenes Rinoceros als Vehikel verliehen hätte. Dieser Dickhäuter, welcher bekanntlich sehr sanft und lenksam ist, trägt ganze Familien auf seinem Rücken und bricht sich mit diesen Bahn durch die Rohrpallisaden, indem er die entgegenstehenden süßen Rohre und Ranken einfach auffrißt. Da dieses Thier an Freßfähigkeit und Verdauungskraft unerreicht dasteht, so ist es im Stande, sich und seinen Reiter in einer Stunde eine halbe deutsche Meile vorwärts zu fressen.

Hinter der Waldzone, welche zehn M breit ist, beginnt die Region des blauen Thons. Anfangs glaubte Lawson, wie er hoch von des Nashorns Rücken die endlose dunkelblaue Fläche erblickte, einen ungeheuren See vor sich zu sehen, dann aber entdeckte er die grünen Hütten der Paua-Paua. Eine solche Hütte besteht aus einem einzigen Blatte von beinahe trichterförmiger Gestalt, welches von einem gebogenen Rohrhalm, bis auf den Boden herabhängend, Raum genug gewährt, daß eine ganze Familie darin wohnen und schlafen kann. Der Paua Paua tragen keine Kleider, sind aber dennoch nicht nackt, weil sie ihr langes, meist feuerrothes Haar bis zu den Füßen umwallt. Sie leben ausschließlich von Austern, in deren Besitz sie auf eine merkwürdige Weise gelangen. Unter der blauen Thonschicht liegt eine Schicht von Kies und Meersand, welche ganz durchzogen ist von einem salzigen Wasser. In diesem Wasser leben die Austern. Nun laufen auf der Ebene unzählige Löffelreiher herum, schwarz und weiß gefleckt, beinahe 5' hoch. Diese sind äußerst zutraulich und stehen mit dem Menschen auf dem besten Fuße, das sie verbindende Prinzip ist das Schultze-Delitz'sche: Leistung und Gegenleistung. Die Vögel wittern es nämlich mit wunderbarer Sicherheit, wo eine Auster unter dem Boden verborgen ist, bohren mit ihrem Schnabel ein fußtiefes Loch und holen das Schalerthier heraus. Aber die Schale aufzubrechen haben sie keine Mittel. Sie bewahren also die Austern in ihrem Kropf auf, bis das dritte Dutzend voll ist, dann fliegen sie zu dem Menschen, in dessen Dienst sie sozusagen stehen, und legen ihm ihre Beute zu Füßen. Der Paua-Paua öffnet mit einem Steinmesser — diese Wilden leben noch in der Steinzeit — das erste Dutzend und lädt den Vogel ein, seine Mahlzeit zu sich zu nehmen. Erst wenn der Reiher gespeist hat und mit einer dankenden Kopfbewegung davongeflogen ist, speist der Mensch. Er beträufelt aber, als intelligentes Wesen, die Auster mit Zitronensaft und trinkt einen köstlichen Palmwein dazu, welcher wie der feinste Rheinwein schmeckt.

In dem Lande der Paua-Paua giebt es keine Gräber. Was aus den Leichen werde, konnte der Reisende nicht erkunden: offenbar sollte es ein Geheimniß bleiben; aber durch einen glücklichen Zufall hat Lawson es später dennoch entdeckt.

Die Paua-Paua sind gegen einzelne Fremde freundlich und pflegen sie aufs beste, dagegen sind sie den Nachbarvölkern durch ihre Kriegswuth und ihren Kanibalismus furchtbar.

Ueber dem Herde jedes Kriegers hängt eine Schnur von Schädeln. Da nur der Schädel des ersten Mannes, den ein Paua-Paua getödtet hat, aufgereiht wird, so entspricht die Zahl der Schädel genau der Zahl kriegerischer Vorfahren. Die, welche hundert Schädel besitzen, bilden die erste Kaste; aus ihr wird der König gewählt. Sie ist ebenso streng von der Kaste der Neunundneunzigschädler geschieden, wie diese von der der Achtundneunzigschädler. So zerfällt das Volk in hundert Kasten, zwischen welchen auch nicht der geringste Verkehr stattfindet. Während Lawsons Anwesenheit ereignete sich in dem Dorfe Lin-Ber ein höchst charakteristischer Fall. Ein Jüngling der ersten Kaste hatte ein schönes Mädchen der zweiten Kaste geheirathet. Darob waren seine Standesgenossen ergrimmt und verlangten, er solle auf die Standesvorrechte verzichten. Als er sich weigerte, forderte man die Auslieferung seiner Gattin, welche bei dem Versöhnungsmahle verzehrt werden sollte. Empört über eine so scheußliche Forderung stellte Lua-Bua die Entscheidung dem Gottesurtheil des Zweikampfes anheim. Dieser Zweikampf erfolgte in einer Vollmondnacht: in der Mitte eines ungeheuren Zuschauerkreises wechselten die Duellanten, Lua-Bua und der Häuptling Rua-Pua, welcher den Gegenstand der Mésalliance hatte aufessen wollen, erst einige Höflichkeiten, schüttelten sich die Hände und traten dann, rückwärts gehend, dreißig Schritt auseinander. Darauf rannten sie, auf ein gegebenes Zeichen, mit vorgebeugtem Kopf aufeinander los. Der Zusammenprall war furchtbar. Nach demselben stand Rua-Pua stolz aufrecht, Lua-Bua lag blutbedeckt zu seinen Füßen. Sein Schädel war zwanzig Schritte weit fortgeschleudert.

Um nicht noch Schrecklicheres erleben zu müssen, reiste Lawson mit seinen drei malaischen Dienern schleunigst ab. Noch waren sie kaum 1 Stunde auf ihrem treuen Rinoceros vorwärts getrabt und hatten höchstens zehn deutsche Meilen zurückgelegt, als sich der klare Nachthimmel verdunkelte und sich ein erstickender Rauch in schwarzen Wolken über die Haide wälzte. Schon wollten sie, einen Steppenbrand vermuthend, rückwärts jagen, was Rinoceros und Mann vermag, als plötzlich der Südwind erwachte und den Rauch zurücktrieb. Nun sahen die Reisenden mit höchstem Erstaunen den ganzen Nordhimmel in Flammen stehen. Sie ritten vorwärts, nachdem sie die Pulverhörner abgelegt hatten. Die Hitze wurde bald unerträglich, das Rinoceros schnaubte und stampfte, von seiner zolldicken Haut floß der Schweiß buchstäblich in Strömen,

„Doch immer weiter, hop, hop, hop!
Gings fort in sausendem Galopp,"

bis das riesige Thier endlich auf einem Hügel todt zusammen brach. Lawson und seine Begleiter beschlossen das treue Geschöpf später zu beweinen, jetzt aber vor allem ihre Röcke aufzuknöpfen. Da bemerkten sie mit Entsetzen, daß diese von selbst aufgegangen waren, nachdem sämmtliche Knöpfe geschmolzen waren. Der Engländer griff in die Tasche um nach der Uhr zu sehen, er zog aber sogleich die Finger verbrannt zurück, denn die Westentasche war mit weißglühendem Metall gefüllt. Diese Erscheinungen hatten aber garnichts befremdendes; denn in einer Entfernung von kaum 500 Schritt rollte ein Höllenstrom seine gewaltigen Wogen. Tausend Schritt breit und wenigstens hundert Fuß tief brauste ein Petroleumfluß dahin, der, wenn er nicht in Flammen stände, ganz Europa und Amerika auf Jahrtausende mit unschätzbarem Brennstoff versehen könnte. Die ungeheure Flamme, welche an die Wolken schlug, war völlig weiß und so durchsichtig, daß man das jenseitige Ufer erblicken konnte. Plötzlich erscholl aus der Luft ein klägliches Geschrei. Sechs Löffelreiher flogen langsam und feierlich dahin: sie trugen einen Leichnam ohne Kopf — Lawson erkannte sogleich die Züge des unglücklichen Lua-Bua — und ließen ihn in die Flammen stürzen. So war das Räthsel des gräberlosen Landes gelöst.

Aber noch ein anderes Räthsel ist hier gelöst worden. Kaum waren die vier Männer ein Dutzend Meilen in angemessener Entfernung den Feuerstrom entlang geritten, diesmal auf einem weißen Strauß von der riesigen viersitzigen Gattung, als sie an ein tiefes düsteres Wasser kamen, welches zwischen schwarzen Felsblöcken traurig dahin murmelte. Lawson konnte der Versuchung nicht widerstehen, von diesem Wasser zu trinken. Kaum hatte er getrunken, so ward ihm unendlich leicht und wohl. Der Mann hatte, als er England verließ, so viel Schulden wie Haare auf dem Kopfe; jetzt konnte er sich auf keinen einzigen seiner Gläubiger besinnen. Der Engländer kam sofort auf die Vermuthung, daß dieser Fluß die Lethe sei und folglich hier die Unterwelt der Alten, „das Haus des Hades", zu suchen sei. Diese sinnreiche Vermuthung sollte bald eine schwerwiegende Bestätigung er-

*) Wanderings in the interior of New-Guinea by Captain J. A. Lawson. With a frontispieree (Titelbild) and map. London, Chapmann & Hall, 1875.

keure Anstrengungen ist es ihr gelungen, die Wahl des früheren Lehrers, jetzigen Redakteurs der „Landeszeitung", Sönksen, zum Stadtverordneten mit 448 gegen 392 Stimmen durchzusetzen. Dagegen hat der frühere Abgeordnete des zweiten schleswigschen Wahlkreises, Ahlmann, die Flinte ins Korn geworfen und Alsen am 21. d. verlassen, um nach Kopenhagen überzusiedeln. Er sagt in der „Düppelpost" „den vielen Freunden", von welchen er keinen Abschied habe nehmen können, Lebewohl. Die „Düppelpost" feiert zwar sein Weggehen mit einem Gedicht, in welchem ihm für seine bisherige Thätigkeit gedankt und ein gutes Andenken gesichert wird; es ist indeß auffallend, daß Ahlmann so still seines Weges geht, daß ihm nicht irgend eine öffentliche Ovation, mit der die Partei der Dänischgesinnten ja sonst nicht so sparsam ist, zum Abschied dargebracht worden. Gewiß geht man nicht irre, wenn man annimmt, daß in den betreffenden Kreisen wirklich eine tiefgehende Verstimmung über Ahlmann's Fortgang herrscht und man in demselben das Geständniß sieht, die Sache, für die er bisher gekämpft, sei unrettbar verloren.

Detmold, 1. November. Das „F. L. R. u. A. Bl." veröffentlicht folgendes Bulletin über das Befinden des Fürsten:

Nachdem die im Anfange voriger Woche eingetretene Besserung in dem Befinden Sr. Durchlaucht des Fürsten im Verlaufe der Woche nicht die gehofften Fortschrite gemacht hatte, ist in den letzten Tagen bei Fortdauer der Appetitlosigkeit und der Beklemmungen eine Abnahme der Kräfte eingetreten.

Detmold, 1. November 1875.

Hofrath Dr. Eschenburg.

Frankreich.

Paris, 31. Oktober. Der „Moniteur" enthält heute wieder eine offiziöse Note über die äußeren Angelegenheiten. Der Herzog Decazes scheint Gewicht darauf zu legen, bei Eröffnung der Session darzuthun, daß, wenn die Verwaltung seiner Kollegen Manches zu wünschen übrig läßt, er seine Pflicht gethan habe. Die Note, die als eine Art von Eingang zum Blaubuch betrachtet werden kann, welches nach Eröffnung der Session der Kammer vorgelegt werden soll, lautet folgendermaßen:

In dem Augenblick, wo die Kammer sich versammelt, ist man so glücklich, den trefflichen Zustand der Beziehungen Frankreichs mit allen fremden Mächten ohne Ausnahme bezeugen zu können. Niemals war unsere äußere Politik korrekter, gemäßigter, den internationalen Stipulationen entsprechender. Keine Zweideutigkeit, kein Mißverständniß besteht. Die Völker wie die Regierungen lassen dem durchaus friedlichen Charakter unserer Diplomatie Gerechtigkeit widerfahren und die Ideen der Versöhnung und der Weisheit haben sich in ganz Europa Geltung verschafft. Ereignisse, die zu anderen Zeiten Empfindlichkeiten und Besorgnisse wachgerufen hätten, haben kein anderes Resultat, als den Frieden zu kräftigen und das Einverständnig der Mächte deutlicher hervortreten zu lassen. So war die Bedeutung der mailänder Zusammenkunft und die Thronrede des deutschen Reichstages. Vom diplomatischen Standpunkt aus besteht eine Art von Beruhigung, von allgemeiner Abspannung, und das Einverständniß zwischen den verschiedenen europäischen Kanzleien hat schon einen wohlthuenden Einfluß auf die Sprache der Hauptorgane der öffentlichen Meinung ausgeübt. Wenn man z. B. den gegenwärtigen Ton der deutschen Blätter mit den von ihnen noch kürzlich veröffentlichten Artikeln vergleicht, so kann man nicht umhin, die bemerkenswerthe Besserung festzustellen, welche die friedlichen Ideen gemacht haben. Die Beziehungen Frankreichs mit Italien und Spanien lassen nichts zu wünschen übrig und man kann behaupten, daß die Urtheile der Hauptzeitungen Rußlands, Englands und Oesterreichs den Prinzipien günstig sind, durch welche unsere äußere Politik bestimmt wird und die Akte des Marschalls Mac Mahon und seiner Regierung in voller Wahrheit darstellen.

Die „Republique Française" verräth heute einmal wieder ihres Herzens wahre Meinung bei Anzeige der „Voyage au pays des milliards" von Victor Tissot. Sie empfiehlt dieses berüchtigte Sudelwerk den Franzosen als „eines der Bücher, welche zugleich wohlgefallen und einen Dienst leisten; angenehm geschrieben, sage es Alles, das man im Herzen fühle, aber das die Lippen und die Feder auszusprechen zögern."

Das Organ Gambetta's fordert Hackländer, Wachenhusen, Paul d'Arrest und Lindau auf, Gegenschriften gegen Tissot loszulassen. Wir hoffen, sie werden den deutschen Lesern ein Federkrieg der Witzbolde ersparen; die Verhältnisse sind noch zu ernst zu solcher Behandlung. Wenn die Franzosen Tissot's Darstellung der deutschen Zustände für richtig halten — desto schlimmer für sie und ihre Zukunft!

— Der Unterrichtsminister Wallon ist nach Orleans gereist, um sein Zeugniß in dem Prozeß abzugeben, welchen der Bischof Dupanloup eingeleitet hat, um die Heiligsprechung der Jungfrau von Orleans zu erwirken. Ungeachtet seines neuen Auftretens gegen die katholischen Universitäten ist Wallon doch ein sehr frommer Mann, und es ist nicht auffallend, daß er bereitwilligst die Hand dazu leiht, der Kirche eine neue Heilige zu verschaffen. Als Zeuge wurde er geladen, weil er eine Geschichte der Johanne d'Arc geschrieben hat.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung. (Schluß.)

Berlin, 2. November. Nachdem die Vorlage, betr. die Abänderung des § 4 des Postgesetzes an eine 14gliedrige Kommission verwiesen worden war, wurde im Fortgang der heutigen Sitzung das Gesetz für Elsaß-Lothringen, betreffend die Errichtung von Marksteinen in erster und zweiter Berathung ohne Debatte angenommen.

Darauf folgt die erste Berathung des Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrages zwischen dem deutschen Kaiser, Könige von Preußen 2c. im Namen des deutschen Reiches und dem Freistaate Costa Rica.

Abg. Kapp: Der uns vorliegende Vertrag schließt sich an denjenigen, den die deutsche Regierung mit San Salvador schon abgeschlossen hat, zeichnet sich aber durch einige positive Vorzüge vor seinem Vorgänger aus, namentlich unterscheidet er sich von ähnlichen Verträgen durch Bestimmungen, die von liberalstem Entgegenkommen eingegeben sind und die ich auch späteren Verträgen einverleibt sehen möchte, gleichwohl bin ich nicht im Stande, unbedingt für diesen Vertrag zu stimmen. Wenn das deutsche Reich auch berechtigt ist, aus dem Machtverhältniß oder Macht Mißverhältniß der beiden Theile für sich Vortheil zu ziehen, so glaube ich, es verlangt doch die Billigkeit, daß wir mit gleichem Maße messen, was, meines Erachtens nach, nicht geschehen ist. Ich will hier in der allgemeinen Debatte nur bemerken, daß sich mein Widerspruch, den ich in der zweiten Berathung näher motiviren werde, auf die Art 7 und 9 bezieht. Sodann will es mir als ein schlechter Präzedenzfall erscheinen, daß mit dem Abschluß des Vertrages ein Wahlkonsul beauftragt war. So viel ich weiß, war bei uns ein costa-ricanischer Gesandter akkreditirt; wir hätten daher den Vertrag hier bei uns abschließen können; ferner ist zu beachten, daß ein Wahlkonsul doch nie so unabhängig gestellt ist, wie ein Diplomat oder Consul missus, darum wünschte ich, daß derartige Verhandlungen von consulibus missis abgeschlossen würden. Wenn es nun auch nicht gut ist, an einen derartigen Entwurf Amendements zu knüpfen, so denke ich doch, es wird sich machen lassen, daß die beiden Punkte maßgebend sein werden für die Ratifikation des Vertrages und daß wir diese nicht eher vornehmen, als bis diesen beiden Uebelständen abgeholfen ist.

Abg. Dr. Oppenheim schließt sich dem günstigen Urtheile seines Freundes über den Vertrag, namentlich im Vergleiche zu seinen Vorgängern an, knüpft aber daran einige Bemerkungen über die Art, wie solche Verträge in Zukunft abgeschlossen werden möchten. Auch dem Art 23 dieses Vertrages sind die vier bekannten völkerrechtlichen Artikel des pariser Friedens von 1856 zu Grunde gelegt. Sie bilden jetzt allgemeines Völkerrecht und genügen gewiß für das Verhältniß, auf das sie in diesem Vertrage angewendet werden sollen, indem es aller Ehren werth ist, wenn ein Staat ohne Kriegsmarine, wie Costa Rica, sich verpflichtet, die Kaperei abzuschaffen und keine Kaperbriefe auszuschreiben. Auch bei dieser Gelegenheit möchte der Redner an ein humanes Interesse erinnern, welches vom norddeutschen Reichstage 1868 fast einstimmig proklamirt wurde und dem sich die Bundesregierung damals geneigt erklärt: das ist die Anerkennung der unbedingten Unverletzlichkeit des Privateigenthums im Seekriege, natürlich mit Ausnahme der Kriegskontrebande. Diesen Fortschritt anzubahnen ist das deutsche Reich vor anderen Mächten durch seine Interessen, wie seine Einrichtungen berufen, da sowohl Preußen früher, wie das Reich jetzt stets an der Spitze der Zivilisation marschirt ist. Nun soll nicht Costa Rica gegenüber von dem allgemeinen Völkerrecht abgewichen werden, aber diese große Frage, davon ist der Redner überzeugt, muß und wird zwischen den europäischen Großmächten, namentlich gegenüber England gelöst werden und die Zeit scheint ihm nicht fern, wo durch eine veränderte Konstituirung der Marine und durch bessere politische Einsicht die Vorurtheile, die mehr in der englischen Nation als bei ihren Staatsmännern herrschen, fallen und dieser Fortschritt durchzusetzen sein wird. Außerdem hat der Abgeordnete verschiedene und nicht blos formelle Ausstellungen an der Sprache zu machen, in der der Vertrag abgefaßt ist, und weist auf eine Reihe von Unkorrektheiten hin, welche das deutsche Interesse um so mehr gefährden können, als der Vertrag perfekt geworden ist, bevor eine authentische Interpretation seiner Bestimmungen gegeben werden konnte. In der Folge wird man bei der Abfassung von Verträgen, da wo es sich um juristische Sicherheit handelt, viel sorgfältiger zu Werke gehen müssen.

Darauf wird die erste Berathung geschlossen und nachdem die Verweisung der Vorlage an eine Kommission abgelehnt worden, in zweiter Berathung die Art. 1 bis 6 incl. ohne Debatte angenommen.

Art. 7. behandelt die Beschlagnahme von Angehörigen eines der beiden Staaten, von Schiffen 2c., zum Zwecke irgend welcher militärischer Expeditionen, wenn vorher durch die Betheiligten selbst oder durch von ihnen ernannte Sachverständige eine billige Vergütung festgestellt ist, welche in jedem Fall zur Deckung aller Nachtheile hinreicht.

Abg. Kapp: Meine Herren, ich bin gegen Art. 7 resp. gegen den letzten Theil desselben. Die Gründe sind folgende: Nachdem in den vorhergehenden Paragraphen die Angehörigen der beiden Staaten von militärischer Dienstleistung entbunden sind, auf die Beschlagnahme von Schiffen ausgeschlossen ist, wird jetzt auf einmal eine Ausnahme konstatirt, dahin gehend, daß gegen eine billige Vergütung ein fremdes Schiff zu einer militärischen Expedition erhalten werden darf. M. H., was heißt das? Unseren deutschen Flotten werden, selbst wenn sich ein costarikanisches Schiff an die Küsten Deutschlands verirren sollte, nie zu einem solchen Hilfsmittel ihre Zuflucht nehmen, andererseits aber hat in Costarika die Regierung keine Kriegsschiffe und hinzukommt, daß in Costarika die Revolution eine stabile Einrichtung ist (Heiterkeit); die Revolution würde sich einfach auf die fremden Schiffe stürzen und sie zwingen für sie Dienste zu thun, gerade wie es der Regierung, die in Verlegenheit ist oder der Partei, die die Regierung stürzen will paßt. Nun sagt der § 7: die Vergütung soll festgestellt werden. Was heißt das? Wenn wir die Vergütung nicht vorher feststellen, bringen wir die Kaufleute in die allerschlimmste Lage; denn auf einen baldigen Erfolg eines Prozesses bei den Gerichten der spanischen Republik ist nie zu rechnen. Fehlt aber der betreffende Passus im § 7, so kann jeder Bürger an das Reich apelliren und es ist ein bedeutendes Argument, wenn eine Regierung für Jemanden eintritt. Daher besteht mein Antrag darin, daß ich um Streichung dieses Passus bitte.

Präsident Delbrück: M. H., es giebt wiederkehrende Bestimmungen in den Verträgen, die auch immer ihr wiederkehrendes Schicksal haben. Die Diskussion, die eben begonnen, ist eigentlich im Jahre 1870 bereits erledigt worden, als es sich um einen fast gleichlautenden Vertrag zwischen Deutschland und Mexiko handelte. Es waren etwa dieselben Gründe, die der Vorredner gegen die Bestimmungen des § 7 geltend machte, die damals gegen die entsprechenden Bestimmungen des mexikanischen Vertrages gehört wurden. Die damalige Diskussion hat nicht zu dem Ergebniß geführt, daß der Reichstag anerkannt hätte, eine solche Bestimmung sei unzuläßig, und ich hoffe, daß es in diesem Fall ebenso sein wird. Das Recht eines Staates, im Falle der Noth diejenigen Transportmittel und sonstigen Gegenstände, die er braucht, für seine Zwecke zu nehmen, steht in der That außer Frage und wir können es einem andern Staat gegenüber nicht negiren, so ist es denn auch gekommen, daß wohl ziemlich ausnahmslos in all den Verträgen mit amerikanischen Staaten sich dieser Passus findet. Ich glaube, daß die Konsequenzen, die durch die Annahme des Antrages Kapp entstehen würden, sehr zu überlegen sind und bitte Sie, die Bestimmung, die in zahllosen Verträgen sämmtlicher europäischer Staaten sich findet, auch hier stehen zu lassen.

Abg. Kapp: Die vom Vorredner angeführten Staaten können uns nicht als Vorbild dienen, sie haben viel realere Interessen dort, als wir. Für uns kommt es darauf an, die Freundschaftsbeziehungen

---

halten. Eine ungeheuere weiße Dampfsäule bezeichnet die Stelle, wo die Lethe in den Pyriphlegethon stürzt um sogleich als Wasserdunst zischend in die Wolken geschleudert zu werden. Hier las Lawson an einem schwarzen Felsblock die halbverwitterte Inschrift: Τιμοιεπροσθεντουτωνονουμαι. Es ist ihm nicht gelungen diese Inschrift zu deuten, aber er glaubt die Handschrift des Odysseus erkannt zu haben, welcher bekanntlich in Hades gewesen ist.*)

Nicht weit von dieser Stelle mußte der Reisende das Ufer des Feuerstromes verlassen. Die Fledermäuse, welche schon lange vereinzelt sein Haupt umschwirrt hatten, wurden jetzt so zahlreich, daß sie wie ein Schneegestöber die verfinsterte Luft erfüllten. Endlich stand der Strauß mit seinen vier Reitern förmlich eingemauert in der zusammengepreßten Fledermauswolke und alle fünf sahen, obgleich sie sonst garnichts sehen konnten, den Erstickungstod vor Augen. Da ließ sich der hinterste Malaie langsam und vorsichtig über den Schwanz des Straußes hinübergleiten, indem er seinen Vordermann nach sich zog; da sich nun dieser wieder an dem vordersten Malaien hielt und der Letztere an Lawson, so kamen alle vier über die letzten Schwanzfedern des Vogels hinaus und sanken in etwa 3 Min. durch die Fledermausmasse langsam zu Boden. Darauf schlangen sie Stricke um die Beine des Straußes, welche etwa so dick waren, wie ein Mann in der Mitte des Leibes, und versuchten das ungeheure Thier aus dem Gedränge zu ziehen. Da es aber nicht ging, so stellten sie ihre transportable Dampfmaschine zusammen, speisten sie mit dem Dampf, in welchen Pyriphlegethon das Lethewasser verwandelt, befestigten die Stricke an der Welle und ehe drei Minuten vergingen, war das 15 Meter hohe und 16 000 Kilogramm schwere Thier glücklich herausgezogen. Nach manchen Abenteuern umgingen sie, unter 140,3° ö. L. von Greenwich und 0,4 n. Br.**) den Feuersee, in welchen sich der Petroleumfluß ergießt, und kamen ins Land der Bornesen. Die Bornesen sind ein kleiner Menschenschlag von schwefelgelber Farbe, blauschwarzem Haar und geschlitzten Augen. Sie kleiden sich in die tulpenförmige, purpurrothe Blüthe der Simapalme, in welcher sie durch Abschneidung des Fruchtbodens ein Loch für den Kopf herstellen; für die nackten Arme werden an der Seite Löcher eingeschnitten. Männer und Frauen tragen Chignons von 3 oder 4' Länge, welche den Kopf weit hintenüberziehen und auf's angenehmste von kleinen geflügelten weißen Insekten belebt sind, die im Dunkeln leuchten. In diesem Lande ist der dritte Mensch ein Priester oder ein Fakir oder eine Fakise. Aller Grund und Boden ist in den Händen der Geistlichkeit; diejenigen, welche ihn bebauen, erhalten einen geringen Theil des Ertrages als Almosen, außerdem aber viele Schläge. Dennoch sind sie mit ihrem Loose durchaus zufrieden: sie bekommen nämlich, wenn sie gewisse Zeremonien erfüllen und sich peinlichen Bußübungen unterwerfen, Marken, welche, nach ihrem Glauben, ihnen in einer anderen Welt den Zutritt zu allen möglichen Vergnügungen sichern. In diesem Lande giebt es zahllose Götzenbilder. Eines der heiligsten ist die hölzerne Jungfrau von Rajoren. Diese ist nämlich, nach der beschworenen Aussage der Priester, lebendig und hat sich nur in Folge tausendjährigen Fastens und Büßens äußerlich mit Holz überzogen. Ihre Haltung entspricht durchaus nicht derjenigen, welche wir bei einer Heiligen voraussetzten: sie steckt nämlich ihren Verehrern die Zunge aus. Hier geschehen zahllose Wunderheilungen. Lawson war selber Zeuge, wie ein Häuptling aus dem benachbarten Dumalande, welcher eine Schaar von Pilgern hierhergeführt hatte, als er die Holzpuppe berührte, plötzlich, von höherer Erleuchtung erfüllt, sich vor die Stirn schlug und ausrief: Ich Dummkopf! Viele Pilger kommen auch, um sich schlachten und von den Priestern auffessen zu lassen; denn die Bornesen sind Anthropophagen. Hier hatte Lawson eine sehr merkwürdige Unterredung mit einem Greise, Hautgout, welcher einst als Dichter berühmt gewesen sein soll. Natürlich fand diese Unterredung in der Zeichensprache statt. Der Schluß ist stenographirt worden. „Ich kenne euch Europäer nicht," rief Hautgout in Zeichensprache aus, „ich kenne euch nicht, aber ihr seid Barbaren." Darauf nahm der Greis einen Bissen Menschenfleisch zu sich und fuhr fort: „Ihr seid Menschenfresser." Er beugte sich vor der heiligen Holzpuppe und sagte dann, zu Lawson gewendet: „Ihr seid abergläubisch und bigott. Bornesien ist die Aufklärung, die Freiheit, der Fortschritt!" Der Greis kam dem Engländer sehr sonderbar vor.

Wir brechen hier ab. Viele andere merkwürdige Dinge möge man in dem Buche selbst nachlesen, darunter auch die Besteigung des 32,783' hohen Mount Hercules. Diesen Berg, welcher das umgebende Land um 30,901' überragt, hat Lawson von Morgens 4 Uhr bis Nachmittags 1 Uhr bis zur Höhe von 25,314' erstiegen und ist Abends 7½ Uhr wieder in seinem Lagerplatz angelangt. Diese Herkulesthat des Entdeckers ist es, welche uns zu einem Wettkampfe der Phantasie begeistert hat. Wir wollten Herrn Lawson zeigen, wie man über das Innere Neu-Guinea's, des Mondes, oder des Sirius schreiben muß, wenn man den Schein vermeiden will, als verlange man, daß der Leser das Erzählte für baare Münze nehme.*)

A.

*) Ein Berliner, dem wir obige Inschrift mittheilten, übersetzte sie mit: „Was ich mir davor kaufe!"

**) Die Angabe muß auf einem Versehen beruhen, da jener Punkt im Meere liegt.

*) Daß Lawson jene Reise gar nicht gemacht hat und daß sein Buch nichts als eine Kette der willkürlichsten Erfindungen enthält, hat Dr. A. C. Meyer in Dresden in der „Deutschen Rundschau", 1. Jahrg., Heft 10, S. 65 nachgewiesen.

---

* **Strousberg.** Zur Ergänzung unser kürzlich gebrachten Biographie entnehmen wir der „Südd. Pr." noch Folgendes: Dr. Bethel Henry Strousberg wurde als Baruch Hirsch Strausberg am 20 November 1823 zu Neidenburg in Ostpreußen von armen jüdischen Eltern geboren. Noch sehr jung trat er als Lehrling in das Export- und Kommissionsgeschäft seiner Oheime, der Gebrüder Gottheimer in London. Dort lernte er Sprachen, ließ sich taufen, arbeitete für den kommerziellen Theil verschiedener Zeitungen und erwarb sich ein kleines Vermögen, das aber bei dem englischen Eisenbahnkrach von 1847 verloren ging. 1849 ging er nach Neworleans, wo er sich kümmerlich als Sprachlehrer ernährte, bis ihn eine glückliche Spekulation in beschädigten Schnittwaaren zur Rückkehr nach England befähigte. Dort schriftstellerte er wieder, erwarb die philosophische Doktorwürde und siedelte 1855 als Generalagent der englischen Versicherungsgesellschaft „Waterloo" nach Berlin über. Hier blieb er in mittleren Verhältnissen, bis ihm 1861 die Erwerbung der Konzession für die Eisenbahnlinie Tilsit-Insterburg zu Gunsten einer englischen Gesellschaft gelang. Als Entgelt dafür wurde er mit einer großen Gewinnquote betheiligt und war jetzt ein wohlhabender Mann. Sofort machte er sich selbstständig, erbaute für eigene Rechnung eine ganze Reihe deutscher und anderer Bahnen und wurde sehr bald der deutsche „Eisenbahnkönig." Daneben spekulirte er in Bergwerken, baute in Berlin einen großen „Viehhof", stellte sich in der Wilhelmsstraße ein Prachtpalais her, entwickelte eine großartige, wenn auch natürlich wesentlich auf Ostentation berechnete Wohltbätigkeit und fand sogar einen Wahlkreis, der ihn in die ersten norddeutschen Reichstage entsendete. Er saß dort bei den Freikonservativen, zwischen dem frankfurter Frhrn. von Rothschild und den schlesischen Magnaten.

Der unermüdliche Spekulant war damals wirklich ein Phänomen, namentlich auch nach seiner sozialen Stellung. Die vornehmste berliner Gesellschaft verkehrte in seinen Prachtsalons und eines Abends machte sogar der preußische Hof dort seine viel kritisirte Erscheinung. Freilich muß bemerkt werden, daß Dr. Strousberg eben damals in einem harten Winter für Errichtung von Volksküchen und Kohlendepots zu Gunsten der berliner Armen Hunderttausende geopfert hatte. Noch mehr und berechtigteren Stoff zur Kritik gab das bekannte Abhängigkeits-Verhältniß, in welches mehrere Magnaten zu dem großen Gründerfürsten getreten sein sollen. Der deutsche Kaiser soll einmal mit dem ihm eigenen gutmüthig treffenden Spott bei einer Cour im berliner Schlosse den „Dr. Ujest" nach dem Befinden des „Herzogs von Strousberg" gefragt haben. Noch schneidender ist eine andere Herrn Strousberg selbst nachgesagte Bemerkung: „Die Herzöge sind gut, aber sie sind sehr theuer."

Der Krieg des Jahres 1870 gab dem Spekulationskönig den ersten und nie wieder verwundenen Stoß. Er hatte damals die antwerpener Zitadelle zum Abbruch und zur Exploitation gekauft und brauchte zur Erfüllung seines Kontraktes mehrere Millionen baares Geld, als der Krieg mit seiner natürlichen Geldvertheuerung ihm schwere Verluste zuzog. Einen noch schlimmeren Ausgang nahm für ihn die famose rumänische Eisenbahnangelegenheit; als er seine Kontrakte nicht inne zu halten vermochte, expropriirte ihn die rumänische Kammer, ließ den Werth der von ihm vollendeten Bahnstrecke gerichtlich abschätzen und zahlte ihm nichts als den Schätzungswerth. Bekanntlich waren an diesem Unternehmen gewisse Magnaten in erster Linie betheiligt; die vielberufene Adelsverleihung an den Bankier Bleichröder soll mit seinem rettenden Eingreifen zu Gunsten jener Hocharistokraten zusammengehangen haben. Von da an ging es mit Strousberg zu Ende. Sein Glück flackerte noch einige Male auf, jetzt ist es zusammengesunken und erloschen unn vermuthlich für immer.

aufrecht zu erhalten, aber nicht die Kosten dieser Katastrophen zu bezahlen, wie sie dort die allergewöhnlichsten sind.

Art. 7 wird hierauf angenommen. Bei Art. 9 spricht v. Schulte den Wunsch aus, daß eine ähnliche Bestimmung, wie die dieses Artikels, wonach ein Costarikaner in Deutschland eine Ehe auch vor dem costarikanischen Gesandten oder Konsul abschließen kann, in künftigen Verträgen nicht aufgenommen werde. Das Reichsgesetz über die Zivilehe habe nicht die Intention gehabt, daß eine andere Form der Eheschließung stattfinden solle. Die Bestimmungen eines der früheren Paragraphen, wonach die in Deutschland geborenen Söhne von Costarikanern, Costarikaner bleiben, werde von Generation zu Generation dazu benutzt werden können, sich der Militärpflicht zu entziehen.

Abg. Kapp weist darauf hin, daß die Gesetze in Costarika eine Ehe nur dann als giltig anerkennen, wenn sie vor einem katholischen Priester abgeschlossen wird. Wenn also nicht bestimmt würde, daß die vor einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter abgeschlossene Ehe dieselbe Rechtsgiltigkeit habe, wie die nach den Landesgesetzen abgeschlossene, sondern nach dem Wortlaut des Artikels nur „in Uebereinstimmung mit den Gesetzen der betreffenden Länder", so würden die Protestanten in Costarika gezwungen werden, katholisch zu werden, damit ihre Ehe giltig sei.

Präsident des Reichskanzleramtes Delbrück: Die eben verlangte Bestimmung würde eine Abänderung der Gesetzgebung von Costarika bedingen; einen so hohen Werth wird man dort auf einen Handelsvertrag mit Deutschland nicht legen, daß man deßhalb zu einer Aenderung der Landesgesetzgebung sich einlassen wird.

Nachdem Abg Kapp bemerkt, bei der ersten Verhandlung über den Vertrag sei von Seiten Costaricas ein so hoher Werth, wie bei der zweiten. auf diesen Passus des Artikels 9 nicht gelegt worden, und daß auch im nächsten Jahre die jetzige Regierung Costaricas einer anderen Platz machen werde, wird Artikel 9 angenommen.

Bei Art 11 fragt der Abg. Oppenheim den Vertreter des Reichskanzleramts, ob der Artikel den Sinn habe, daß der in Deutschland geborene Sohn eines Costarikaners für Costarica optiren könne und der Sohn dieses wiederum und so Generationen hindurch.

Der Präsident des Reichskanzleramtes Delbrück beantwortet diese Frage dahin, daß der Artikel nur den Sinn habe, daß der Sohn eines Costaricaners für Deutschland optiren könne; Costaricaner bleibe er nach der deutschen Gesetzgebung von selbst

Die beiden nächsten Gegenstände der Tagesordnung: Entwurf eines für Elsaß-Lothringen zu erlassenden Gesetzes zur Ausführung des Impfgesetzes vom 8. April 1874 und Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Kosten der Unterbringung verurtheilter Personen in ein Arbeitshaus, werden nur in der ersten Berathung erledigt, die zweite dagegen auf Antrag des Abg. Miquel, der für letztere Amendements ankündigt, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt die erste und zweite Berathung des Gesetz-Entwurfs für Elsaß-Lothringen, betreffend die Abänderung des Dekrets vom 29. Dezember 1851 über Schankwirthschaften.

Ministerial-Direktor Herzog erklärt, der Gesetzentwurf sei aus dem Bedürfniß hervorgegangen, eine Milderung der auf den unbefugten Betrieb einer Schankwirthschaft in Elsaß-Lothringen gesetzten, im Verhältniß zu den Bestimmungen der deutschen Gewerbe-Ordnung außerordentlich harten Strafen herbeizuführen. — Die Vorlage wird genehmigt. — Damit ist um 4½ Uhr die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Neun kleinere Vorlagen und erste Berathung der Konkursordnung.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 3 November

— Nach einer in unserer Mittags-Ausgabe veröffentlichten Bekanntmachung des Reichskanzlers ist die fernere Verbreitung des ultramontanen „Czas" in Krakau auf die Dauer von zwei Jahren verboten. Das Verbot stützt sich auf § 14 des Reichspreßgesetzes, nach welchem der Reichskanzler, wenn gegen eine im Auslande erscheinende Druckschrift binnen Jahresfrist zwei Mal eine Verurtheilung erfolgt ist, innerhalb zwei Monaten nach Eintritt der Rechtskraft des letzten Erkenntnisses das Verbot der ferneren Verbreitung dieser Druckschrift bis auf 2 Jahre aussprechen kann. Eine zweimalige Verurtheilung des „Czas" in diesem Jahre ist nun durch die rechtskräftigen Urtheile des hiesigen Kreisgerichts vom 27. April und 15. September erfolgt. Die Verurtheilung vom 15. September geschah wegen einer Korrespondenz aus Posen, in welcher die Verhältnisse in unserer Provinz in einer Weise besprochen wurden, daß darin das Kreisgericht eine Beleidigung des Kaisers, der Gerichte, der Staatsanwaltschaft und des posener Oberpräsidenten erkannte.

r. **Im Handwerkerverein** hielt am Montag der Mittelschullehrer Gräter einen Vortrag über die Zukunft unserer Töchter, wobei derselbe vornemlich zwei Fragen erörterte, die eine, ob ein Nothstand in der Frauenwelt vorhanden sei, die andere, ob ein Mangel an tüchtigen weiblichen Arbeitskräften existire? Was die erste Frage betrifft, so konstatirte der Vortragende, daß allerdings ein Nothstand vorhanden sei, besonders unter den hinterbliebenen Töchtern der geistigen Arbeiter (der Lehrer, kleinen Beamten, Geistlichen, Künstler 2c.); diese wüßten, wenn sie unverheirathet bleiben, oft nicht, wie sie ihr Leben fristen sollen; sie möchten gern durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erwerben, aber — sie haben das Arbeiten nicht gelernt. Arbeit sei genug vorhanden, es komme nur darauf an, die Suchenden an die Quelle zu führen, sie geschickt zur Arbeit zu machen, die schlummernden Kräfte zu wecken, die weibliche Jugend zu lohnender Arbeit heranzuziehen. Wie sorgen wir für die Erziehung unserer Töchter? In dieser Frage liege hauptsächlich die Frauenfrage. Nicht darauf komme es an, den Töchtern eine ungründliche Vielwisserei beizubringen, wie sie häufig in den sogenannten höheren Töchterschulen kultivirt werde, sondern vielmehr, sie mit einer gründlichen Elementarbildung, auf der ein wirkliches Können zu basiren sei, auszustatten, und vor Allem, auf der Basis einer tief religiösen Bildung die Charakter- und Willensbildung zu fördern. Da es die Bestimmung des Weibes sei, im Hause zu wirken, und durch Arbeit und Thätigkeit zu erhalten, was der Mann schwer erworben, so sei es durchaus nothwendig, die Töchter zur Arbeit, aber nicht zur tändelnden, sondern zur wirklichen Arbeit heranzuziehen. Die jungen Mädchen seien in allen Zweigen der häuslichen Thätigkeit, in Küche und Hauswirthschaft, in der wirthschaftlichen Buchführung, in den weiblichen Handarbeiten, in der Pflege und Erziehung etwaiger jüngerer Geschwister zu beschäftigen, um sie dadurch geeignet für ihren künftigen Beruf als Hausfrauen zu machen; gleichzeitig sei aber auch darauf hinzuwirken, daß ihr Sinn für das Gefällige, Schöne, für sinnige Anordnung 2c ausgebildet werde, damit sie auch nach dieser Richtung einst im Haushalte zu wirken im Stande seien. Wenn dann ein so erzogenes Mädchen auch unverheirathet bleibe, werde dasselbe doch überall im Leben sein Fortkommen haben; die Erziehung in Küche und Hauswirthschaft werde es befähigen, in vielen Stellungen eine lohnende Thätigkeit zu entfalten; gewerbliche und kaufmännische Ausbildung, ebenso die Fertigkeiten in gewerblicher Kunst sichern ein gutes Auskommen; und diejenigen, die sich in einer höheren Kunst ausgebildet haben, werden als Lehrerinnen in dieser Kunst sich ihren Unterhalt erwerben können 2c. Bei Auswahl des Berufes, dem man sich widmen wolle, sei die eigene Begabung in Betracht zu ziehen und dabei zu erwägen, daß ohne Energie und Leistungsfähigkeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine gesicherte Existenz möglich ist, und daß nur durch andauernde Tüchtigkeit diese Existenz gewahrt werde.

—h— **Zur Ausführung der Maigesetze.** Vor der Kriminal-Abtheilung des hiesigen Kreisgerichts stand am Mittwoch Vormittag ein Termin gegen die Geistlichen Dekan Pawlowski aus Lassowo und Propst v. Starczewski aus Tarnowo an. Beide Geistlichen hatten sich bei dem am 14. September d. J im Dorfe Cerekwica stattgehabten Ablasse in der Weise betheiligt, daß Pawlowski von dem gedachten Tage in der Pfarrkirche von Cerekwica vor versammelter Gemeinde eine Messe las, während v. Starczewski ebendaselbst eine Predigt hielt und sind in Folge dessen wegen Vergehens gegen § 1, 2, 15, 23 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 und gegen Art. I. und II. des Gesetzes vom 21. Mai 1874 angeklagt. Die beiden Angeklagten waren erschienen und leugneten den in der Anklage enthaltenen Thatbestand nicht im Mindesten, gestanden auch zu, daß Messelesen und Predigen geistliche Amtshandlungen wären und daß sie speziell nicht den Nachweis führen könnten, daß sie zu einem zu den von ihnen vorgenommenen Amtshandlungen ermächtigenden Amte oder zur Stellvertretung oder Hilfeleistung in diesem Amte gesetzmäßig berufen worden seien. Der Staatsanwalt beantragte daher gegen beide Geistlichen auf eine Geldstrafe von je 50 Mark zu erkennen. Der Angeklagte v. Starczewski setzte darauf in einer dreiviertelstündigen Rede auseinander, daß er und sein Kollege nach den bestehenden sogenannten Maigesetzen und speziell nach den Gesetzen vom 11. Mai 1873 und 21. Mai 1874 gar nicht strafbar seien. Denn die genannten Gesetze richteten ihre Spitze hauptsächlich gegen die Bischöfe, welche dadurch gezwungen werden sollten, in erledigten Pfarreien nur solche Geistliche anzustellen, welche den gesetzlichen Erfordernissen entsprächen und gegen welche von der Staatsregierung kein Einspruch erhoben würde. Der angestellte niedere Geistliche hätte sich demnach, um nicht der in § 23 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 festgesetzten Strafe zu verfallen, nur zu überzeugen ob seine Anstellung gesetzmäßig und in Uebereinstimmung mit der Staatsregierung erfolgt sei. Nirgends sei es aber in den mehrerwähnten Gesetzen verboten, daß rite instituirte Geistliche in andere rite besetzten Pfarreien einzelne Amtshandlungen vornähmen. Die Maigesetze sprächen überall nur von vakanten Pfarrstellen, deren Neubesetzung sie regelten, an ordnungsmäßig besetzte Pfarrstellen sei in ihnen garnicht gedacht. Die Pfarrei von Cerekwica sei nun aber rite besetzt und der dortige Pfarrer verwalte sein Amt schon über 30 Jahre. „Mag man", so schloß der Redner, „doch die Abläße verbieten und füge noch zu der Deklaration vom 21. Mai 1874 eine zweite Deklaration hinzu, dann wird man uns auch verurtheilen können; nach den zur Zeit bestehenden Gesetzen ist dies jedoch unmöglich." Der Gerichtshof trat den Ausführungen des Angeklagten jedoch nicht bei und verurtheilte beide Geistliche zu einer Geldstrafe von je 10 Mark, im Unvermögensfalle zu je einem Tage Gefängniß.

— **Die beiden Pröpste** Bukowiecki in Wongrowitz und Ryński in Gollantsch hatten bei dem Begräbnisse des polnischen Gelehrten Dr. Libelt Grabreden gehalten und waren dieserhalb wegen Vornahme von Amtshandlungen in fremden Parochien in Anklagezustand versetzt worden. Wie der „Kuryer" nun mittheilt, ist die Untersuchung niedergeschlagen worden, da sowohl das Kreisgericht in Wongrowitz wie der Staatsanwalt zur Ueberzeugung gelangt sind, daß Grabreden keine Amtshandlungen sind, demnach Geistliche, die solche halten, auf Grund der Maigesetze nicht verfolgt werden können.

— **Der Propst Chiżyński** aus Lissa, welcher vor einiger Zeit wegen unbefugter Vornahme von Amtshandlungen aus der Provinz Posen verwiesen wurde, war dieser Tage, wiewohl das Ausweisungsdekret noch nicht aufgehoben ist, in seine Parochie zurückgekehrt. Er wurde jedoch sofort wieder verhaftet und über die Grenze gebracht.

r. **Von den Rekruten** für das II. Armeekorps kamen aus Gnesen gestern 400 Mann hier an, und fuhren auf der Bahn weiter nach Kreuz.

r **Ins städtische Krankenhaus** wurde am 30. v. M. die Leiche eines 5jährigen Kindes gebracht, dessen Tod muthmaßlich durch arge Mißhandlungen seitens der Eltern herbeigeführt, resp. beschleunigt worden ist. Die Untersuchung wird das Nähere ergeben.

↗ **Mißhandlung.** Ein Tischler drang gestern Mittags in die Wohnung einer Wittwe auf der Thorstraße, und schlug sie, sowie ihre Tochter mit einem Stück Holz derartig, daß sie mehrere Verletzungen davontrugen.

↗ **Körperverletzung.** Am Montag wurde ein Kellnerlehrling durch den 11jährigen Sohn einer Obsthändlerin, angeblich ohne Ursache, auf der Straße angefallen und erhielt von demselben mehrere Messerstiche.

↗ **Unglücksfall.** Gestern Mittags stürzte der 1¼jährige Sohn eines Kaufmannes in der Mahlenstraße aus einem Fenster im ersten Stockwerk in den Hof hinab. Die Verletzungen sind nicht bedeutend, und ist Hoffnung vorhanden, daß das Kind am Leben erhalten bleibt.

↗ **Versuchte Bestechung.** Am Montag kam das Dienstmädchen eines Kaufmanns auf der Wronkerstraße in das Revier-Polizei-Bureau und übergab dem Kommissarius drei Mark mit der Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß sie nicht mehr in ihr bisheriges Dienstverhältniß zurückzukehren brauche. Es wurde ihr die Belehrung zu Theil, daß sie hiermit eine strafbare Handlung begehe und daß gegen sie die Untersuchung wegen versuchter Bestechung eingeleitet werden wird.

↗ **Zu einer Miethsfrau** auf der Halbdorfstraße kam gestern ein Dienstmädchen, um sich nach einem neuen Dienste zu erkundigen. Sie hatte ein kleines Kind bei sich, welches sie bei der Miethsfrau ließ, indem sie wegging, angeblich um ihr Miethsbuch zu holen. Seitdem ist das Mädchen nicht zurückgekehrt.

— **Polizeibericht.** Gefunden: Ein Portemonnaie mit 10 Thlr. Inhalt am 29. v. M. auf der Wilhelmsstraße.

△ **Aus der Provinz**, 31. Oktober. [Die Ungleichheit der Schullasten] giebt namentlich auf dem Lande zu begründeten Klagen Veranlassung. Während in größeren Gemeinden die Schulunterhaltungsbeiträge vielfach nur nach der Klassen- resp. Einkommensteuer repartirt werden, müssen kleinere Gemeinden auch von der Grund- und Gebäudesteuer die entsprechenden Prozentsätze als Schulbeiträge zahlen und neuerdings soll auch noch die Gewerbesteuer zu gleichem Zweck herangezogen werden! Die Prozentsätze selbst variiren meist zwischen 50 bis 100% der Staatssteuern und wo noch Bauschulden, Pensionsbeiträge 2c. aufzubringen sind, da werden die Abgaben für Schulzwecke nicht selten verdoppelt. Außerdem haben die meisten Landgemeinden auch noch Naturallieferungen (Getreideschüttungen 2c) zu leisten. Um diese Ungleichheit bei der Besteuerung zu vermeiden, dürfte es zweckmäßig sein, solche größere und kleinere Gemeinden, welche nicht allzuweit von einander entfernt sind, zu einer Schulgemeinde zu vereinigen. Allerdings wird dies vielfach auf Schwierigkeiten seitens der Gemeinde stoßen, namentlich wo bereits fest eingerichtete Schulsysteme bestehen, doch dürfte es in allen den Fällen leichter zu erreichen sein, wo Erweiterungs- oder Neubauten nothwendig werden, deren Kosten von einer größeren Schulsozietät um so leichter aufgebracht werden können. Unbedingt nothwendig ist aber eine solche Vereinigung in einem Orte, wo konfessionell getrennte Schulsozietäten von verschiedener Größe bestehen und die Schulunterhaltungslasten naturgemäß ebenfalls sehr verschieden sind. Die aus der Vereinigung solcher Schulen und Gemeinden entstehenden Vortheile wird Niemand bestreiten können. Radikal aber würde die Ungleichheit der Schullasten beseitigt werden, wenn die Naturallieferungen ganz aufgehoben würden und statt der jetzt so verschiedenartig normirten Schulunterhaltungsbeiträge eine allgemeine gesetzlich festgestellte Schulsteuer zur Einführung käme. Dann würde die Besoldung der Lehrer sich einfacher gestalten, indem sie nur in baarem Gelde bestände, welches ihnen, womöglich aus einer öffentlichen Kasse, monatlich oder vierteljährlich pünktlich gezahlt würde, während die jetzigen ländlichen Schulkassen meist sehr nachlässig bei den Gehaltszahlungen sich erweisen und die Naturallieferungen fortwährend Veranlassung zu begründeten Klagen seitens der Lehrer bieten. Wenn es nicht möglich ist, die Volksschule ganz zur Staatsanstalt zu erheben, dann sollte der Staat wenigstens die Besoldung und Pensionirung der Lehrer gänzlich übernehmen, wie er die Aufsicht und Leitung der Schulen ganz übernommen hat.

⊞ **Pleschen**, 31. Oktober. [Kirchenvorstandswahlen. Landwehr-Verein] Unter dem Vorsitze des Rechtsanwalts Herrn v. Bröker erfolgte gestern Nachmittag die Wahl des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertreter für die hiesige katholische Parochie. Die zahlreich erschienenen Wähler theilten sich in zwei Parteien. Die von dem Propste geleitete ultramontane Partei trug den Sieg davon. Wie verlautet, beabsichtigen viele wahlberechtigte Mitglieder gegen die Wahl Protest zu erheben, da sie weder eine Vorladung zum Wahltermine erhalten hatten noch zur Wahl selbst zugelassen waren. Das Wahlgesetz wurde nur in polnischer Sprache verlesen. — In feierlicher Weise beging gestern der hiesige, aus ca. 150 Mitgliedern bestehende Landwehr-Verein in dem elegant dekorirten Lipp.'schen Saale sein Stiftungsfest. Nach dem wohlgelungenen Vortrage des Volksliedes: „Brüder, reicht die Hand zum Bunde", hielt der Vorsitzende des Vereins, Herr Landrath-Amts-Sekretär Walewski eine gediegene Festrede, welche mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Maj. den Kaiser schloß. Nach dem abermaligen Vortrage zweier Gesänge (Männerquartett) belustigten sich die zahlreich Anwesenden durch ein gemüthliches Tänzchen. Die wenigen Sänger, mit denen bis jetzt höchstens nur sechs Uebungsstunden abgehalten wurden, haben unter der tüchtigen Leitung des energischen Dirigenten, Steuereinnehmers Römer, Erfreuliches geleistet. Allgemein wurde bedauert, daß die dem Verein als Mitglieder angehörenden Offiziere, sowie einige Subalternbeamten behindert waren, zum Feste zu erscheinen.

♂ **Rawitsch**, 2. November. [Zur Abgeordnetenwahl im Kreise Fraustadt-Kröben]. Wie wir hören wird von reichsfreundlicher Seite ein Protest gegen die Wahl der hiesigen Abgeordneten Propst Respondeck und Rittergutsbesitzer von Potworowski vorbereitet. Derselbe stützt sich darauf, daß ein ultramontaner Wahlmann die Namen aller drei Kandidaten beim ersten Wahlgange genannt, daß ein anderer Wahlmann der seit längerer Zeit seinen früheren Wohnsitz verlassen, als Wahlmann fungirt, und daß ein Wahlmann, der gar nicht in der Wahlliste aufgeführt, unter einem falschen Namen seine Stimmen abgegeben hat. Werden diese Thatsachen festgestellt, so würden die beiden reichsfreundlichen Abgeordneten Kreisgerichtsdirektor Günther und Rittergutsbesitzer von Langendorf die Majorität der Stimmen gehabt haben, und demgemäß die Einberufung derselben erfolgen können. — Beim zweiten Wahlgange fehlten zwei Wahlmänner, die im ersten Wahlgange für die reichsfreundlichen Kandidaten gestimmt hatten. Von dem einem ist inzwischen festgestellt, daß er durch mannigfache Kunststücke nach einem Hotel gebracht, und dort mit großer Gewandtheit von einem hervorragenden Mitgliede des ultramontanen Wahlkomites bis zur Beendigung der Wahl zurückgehalten wurde.

q. **Samter**, 1. Novbr. [Vereinsleben] Während der vor zwei Jahren gegründete Männergesang-Verein in den letzten Zügen liegt, gewinnt der Landwehr-Verein täglich mehr an Ausdehnung. Am 31. v. M. hielt derselbe im Hotel „Gielda" seine Herbst-General-Versammlung ab. Die Rechnungslegung ergab, daß nach Abzug aller Ausgaben der Verein ein baares Vermögen von beinahe 300 Thalern und einen Leichenwagen im Werthe von ca. 240 Thaler besitzt. Die Herren Kreis-Steuer-Einnehmer Hauptmann Kaulfuß, Kreisrichter Weißleder, Apotheker Nolte, Zimmermeister Berger, Restaurateur Neuer und Lehrer Way wurden einstimmig in den Vorstand gewählt. Hierauf beantragte Herr Landrath v. Knobloch, die Kameraden möchten mit ihren Familien wenigstens einen Sonntag im Monat sich zur geselligen Zusammenkunft im Vereinslokale einfinden und stellte seinerseits, sowie auch Herr Oberst v. Cosel für diese Zusammenkünfte Vorträge in Aussicht. Der Antrag wurde mit Freuden begrüßt und angenommen.

z. **Tirschtiegel**, 2. November. [Das Hopfengeschäft] ist bis jetzt noch immer ziemlich lebhaft. Große Preiserhöhungen sind jedoch trotz der anhaltenden Nachfrage nicht zu verzeichnen. Man zahlt immer noch 60 bis 69 Mark für Primawaare und 51 bis 57 Mark für Mittelsorten. Am hiesigen Platze sind nur noch wenige Produzenten, welche diesjährige Hopfen zu verkaufen haben. In den umliegenden Hauländereien dürften jedoch noch einige hundert Ballen zu haben sein.

Bromberg, 2. November. [Die Polizei-Sergeanten Löbel und Badtke] erschienen gestern vor der Kriminalabtheilung des hiesigen Kreisgerichts, angeklagt wegen eines Vergehens im Amte. Es bezieht sich dasselbe auf einen bereits vom Mai d. J. datirenden Vorfall. An einem Sonnabend genannten Monats forderte der Polizei-Sergeant Löbel eine Hökerfrau, welche einige Körbe vor dem von ihr gemietheten früheren Dickmann'schen Bierkeller stehen hatte, auf, diese sofort zu entfernen. Der Kaufmann Wollmann, der in demselben Hause wohnte und im Hausflur stand, bemerkte hierbei, daß, als Herr Dickmann den Keller inne hatte, sehr oft Fässer vor demselben lagen, dies aber zu keinen Rekriminationen Veranlassung gegeben hätte. Durch diese Aeußerung aufgebracht, sprang Löbel auf Wollmann zu, faßte ihn an dem Rockkragen und brachte ihn mit Hülfe des herbeigerufenen Polizei-Sergeanten Badtke in das Polizeigefängniß, aus welchem er jedoch durch die Intervention einiger Bürger bald entlassen wurde. Der ganze Auftritt machte, da der Arretirte über den belebten Friedrichsplatz und durch mehrere verkehrsreiche Straßen geschleppt wurde, einen peinlichen Eindruck. Im heutigen Termine behaupten die Angeklagten, daß durch die Aeußerungen des 2c. Wollmann ein Auflauf entstanden sei; sie seien in ihrem Rechte gewesen, den Veranlasser desselben durch dessen Arretirung unschädlich zu machen, zumal sie ihn nicht persönlich gekannt haben wollen. Der Gerichtshof akzeptirte diese Entschuldigung und sprach beide Angeklagte frei, indem er ausführte, daß die Arretirung eine gerechtfertigte gewesen sei

---

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Berlin**, 3 November. [Zur Affaire Strousberg.] In dem Strousberg'schen Geschäftslokale fand gestern Abend 6 Uhr eine bis 8 Uhr währende Versammlung der Gläubiger Strousberg's statt. Es hatten sich gegen 65—70 Gläubiger eingefunden. Den Vorsitz in der Versammlung führte wiederum Rechtsanwalt Horwitz. Es wurden ermittelt auf Strousberg laufende Akzepte im Betrage von 3 500 000 Gulden und 6 100 000 Mark, Akzepte mit Unterlage, das heißt mit Sicherheit 7,600 000 Mark, wozu noch 60,000 Mark laufende Zinsen kommen. Sämmtliche Hypothekenschulden belaufen sich auf 11 Millionen Thaler. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Antrag gestellt und von mehreren Seiten lebhaft befürwortet, ein Komité von 5 Mitgliedern zu wählen, welches bei der preußischen Regierung um deren Intervention für die Befreiung Strousberg's aus der Haft petitioniren sollte. Dieser Antrag wurde, nachdem er vom Vorsitzenden bekämpft worden, unter dem Unwillen der Versammlung abgelehnt. Advokat Tepper aus Wien plaidirte dafür, daß die preußische Regierung bei der russischen Regierung die Freilassung Strousberg's befürworten soll, damit dieser dem Komite mit Rath und That zur Seite gestellt werden könne. Diesem Vorschlage widersprachen die hiesigen Rechtsanwälte Simson und Ornold. Die Versammlung verlief völlig resultatlos; der Vorsitzende behielt sich vor, zur geeigneten Stunde dieselbe wieder zusammen zu berufen. Wie wenig Strousberg an seinen nahen Sturz gedacht hat, geht aus dem Umstande hervor, daß derselbe noch Mitte vorigen Monats ein Projekt zur Anlegung einer neuen Straße zwischen der Thiergarten- und Kaiserin Augustastraße dem Polizeipräsidium eingereicht hat. Das Gesuch ist, wie das jetzt jederzeit geschieht, wegen mangelnder Zuständigkeit an den Magistrat verwiesen worden. Vor dem in der Wilhelmstraße belegenen Palais Strousbergs hatte sich gestern Vormittag eine große Menschenmasse angesammelt. Aus den herrlichen Räumen wurden seitens gerichtlicher Beamten die kostbaren Möbel, prachtvolle Velours, die Trümmer der geretteten Bildergallerie, welche vor zwei Jahren für 600,000 Thlr. an Lepke veräußert wurde, und alle anderen schönen Sachen in gerichtlichen Gewahrsam gebracht. Zahlreiche Möbelwagen hielten vor dem Portal des Palais, in dessen Räumen es heute öde und leer aussieht. Sic transit gloria mundi.

Vermischtes.

* **Eine große Unterschlagung** in Berlin erzählt das „Tgbl" wie folgt: Der seit etwa zwei Jahren als Buchhalter in dem Bank-

(Fortsetzung in der Beilage.)

geschäft von M. u. C. angestellt gewesene 25jährige Emil S. hatte sich vor ungefähr 10 Tagen bei seinen Chefs krank gemeldet und war seither nicht im Comtoir erschienen. Da der junge Mann trotz seiner Krankmeldung in verschiedenen Vergnügungs-Etablissements, namentlich in den öffentlichen Ballokalen, gesehen worden war, und seinen Prinzipalen sowohl hierüber, als auch über die verschwenderische Lebensweise ihres Buchhalters glaubwürdige Mittheilungen zugingen, so beschlossen dieselben dieser Tage, eine Revision der Bücher und des Effektenbestandes vorzunehmen. Das Resultat dieser Mission war für die Firma durchweg kein sehr erfreuliches, denn es wurde festgestellt, daß S., der als zweiter Kassirer Schlüssel zum Geldschrank führte, nicht weniger als für 81,000 Mark Papiere nach und nach entwendet und den Diebstahl durch fortgesetzte Bücherfälschungen verdeckt hatte. Am Sonnabend wurde die Kriminalpolizei von dem Vorfall verständigt, und es gelang ihr auch, den S. noch am selben Tage zu verhaften, und zwar vor dem Tattersall, wohin er sich begeben wollte. In seinem Besitze wurden nur noch 100 Mark gefunden; die gestohlenen 81,000 Mark hatte er neben seinem nicht unbeträchtlichen Salair in der kurzen Zeit von 1½ Jahren vergeudet, denn soweit datirt der Anfang seiner Untreue zurück. Er hatte, trotzdem seine Eltern eine Wohnung in Berlin haben, ein luxuriös ausgestattetes Quartier in Tegel, woselbst er einen förmlichen Hundepark, sowie eine Equipage mit theurem Gespann und zwei kostbare Reitpferde zu seinem Vergnügen unterhielt.

* **Die Kanzlisten** des berliner Stadtgerichts sind mit einem Viertel an dem Loose betheiligt, welches in der eben beendigten Ziehung der preußischen Lotterie mit dem Gewinn von 150,000 Mark gezogen worden ist. — Dagegen wurden in Berlin zwei Kanzlisten der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn nach der „Post" am Freitag verhaftet, weil sie durch fortgesetzte Urkundenfälschungen die Bahnverwaltung, soweit bis jetzt festgestellt, um ca. 7000 Mark betrogen hatten. Beide sind talentvolle junge Leute von etwa 18 Jahren, welche eingestandenermaßen die Absicht hatten, sich eine noch größere Summe zu verschaffen, um dann gemeinsam das Weite zu suchen, zu welchem Zwecke sie sich bereits mit den verschiedenartigsten Reise-Utensilien versehen hatten.

* **Bingen**, 25. Oktober. In der „Kobl. Ztg." finden wir folgende scherzhafte Mittheilung: Ein hiesiger Schreinermeister, Macher, zeigt an, daß er und seine Frau durch die Geburt eines kräftigen „Reichsfeindes" erfreut wurden. — Als Gegenstück und als Entgegnung bringt ein anderer binger Bürger, Namens Schwarz, zur Anzeige, daß ihm ein „Reichsfreund" geboren wurde und bemerkt wörtlich: „Das Wunder steht hier Groß und Klein, Schwarz kann man und doch Reichsfreund sein." Also wäre der Schaden wieder ausgeglichen. Der schwarze Macher ist durch einen Schwarz gemacht.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Newyork, 3. November. Von den gestrigen Wahlen liegen bis jetzt folgende Resultate vor: Die Mehrheit der Demokraten in Missisippi ist erreicht mit 10,000 Stimmen. Jefferson Davis's Wahl zum Senator ist wahrscheinlich. Der Sieg der Demokraten in Maryland ist wahrscheinlich. Die Republikaner erhielten in Massachusetts 10,000, in Minnesata 6000, im Staat Newyork 10 000 Stimmen, in Pensylvanien mit 25,000 Stimmen die Majorität. Wisconsin wählte republikanische Staatsbeamten, Virginien Konservative zur Legislatur, Newyersey republikanische mit Majorität zur Legislatur.

Verantwortlicher Redakteur. Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

V.
Zuchtvieh-Auktion

zu **Milewken** bei Neuenburg, Westpreußen am **Sonnabend, den 6. November cr.**, von 12 Uhr an, über 30 Amstedamer Bullen und Färsen, letztere theils tragend, theils frischmilchend und incl Kalb, ferner 30 engl. Eber und Sauen.

Minimalpreise zeitgemäß. Verzeichniß auf Wunsch. Abholung Bahnhof Czerwinsk.

Fournier.

Damentuchkleider,

Regenmäntel in Velour und Köper in den schönsten modernen Farben versende die Robe von 6 Thlr. an. Muster franko.

R. Rawetzky, Sommerfeld i./L.

---

1 Mahagoni- und Kiefern-Spind, 1 schöner Biberpelz zu verkaufen Schießstraße 6, 3 Treppen.

Englische verbesserte Drehrollen,

die das Plätten der Wäsche ersparen, sind wieder angelangt und auf Lager bei

A. Muehlke,
Schloßstr. 83.

Auction

auf dem Dom. Lussowo,
Kreis Posen.

Sonntag den 7. November Vormittags 10 Uhr findet daselbst im Herrenhause die Versteigerung von überzähligem Mobiliar, Haus- und Küchengeräth gegen Baarzahlung statt.

Präservatives, sehr fein,
Cordons, hübsche Sachen.
A. Hirschmann & Comp. Hamburg.

Magenkrampf

wird sofort und sicher beseitigt durch magenstärkenden

Ingwer-Extract

von
Aug. Urban in Breslau,
in Flaschen à 20 und 10 Sgr.
bei **Ed. Feckert jun.** in Posen.

Prima Wiener Spar- (Koch- u. Back-) Butter

ist wieder eingetroffen und verkauft das **Pfund à 1 Mark.** (W 193)

E. Weimann,
Breslauerstr. 14.

Stettiner Pfundhefe,

täglich frisch, empfiehlt

Gustav Heinze,
St. Martin 64/65.

Frischen See-Dorsch, sowie lebende Hechte u. Zander

empfiehlt

S. Samter jun.,
Wilhelmsplatz 17.

---

200 Kuffen

hochfeine 73er und 74er **herrschaftliche** Ober-Ungar-**Hegyalliaer**-Weine, lagerfrei,

unverzollt,

sind bedeutend unter'm Kostenpreise abzugeben. — Anfragen sub **R. 2292** befördert das **Central-Annoncen-Bureau** von **Rudolf Mosse, Breslau.**

Drei 1/4 Loose der Preuß. Lott. sind durch die Exped. der Posener Zeitung zu verkaufen.

Preuß. Loose 153. Lott. kauft. Preisoffert. an **S. J. Basch**, Berlin C.

Ein gr. 2fenstr. Zimmer ist mit od. ohne Möbel sof. Halbdorfstraße 32, 3 Treppen zu vermiethen.

Freitag den 5. November

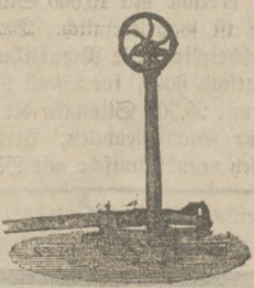


werde ich wieder einen großen Transport



Netzbrücher Kühe (frischmelkende mit Kälbern) St. Adalbert Nr. 46 zum Verkauf stehen haben.

W. Hamann, Viehlieferant.



Eine der größten Fabriken landw. Maschinen sucht für ihre Fabrikate

große Geschäftshäuser,

welche auf feste Rechnung bedeutende Quantitäten übernehmen.

Offerten unter Chiffre
F. S.
besorgt die Expedition d. Zeitung.

Preußische Lotterie-Original-Loose

½ 1. Kl. 84 Mark (für alle 4 Kl. berechnet 150 Mk.), ¼ 42 Mk. (für alle 4 Kl. berechnet 75 Mk.) versendet gegen vorherige Baareinsendung des Betrages **Carl Hahn**, Lot.-Agentur u. Commiss.-Geschäft in **Berlin** S, Kommandantenstraße 30. (D 8631.)

In unserem Verlage ist soeben erschienen:

Comptoir-Wand-Kalender für 1876.

Im Dutzend 2 Mk. 40 Pf., einzeln 25 Pf.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE LAND-IND.-LOTTERIE.

Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie,

zum Besten hülfsbedürftiger Schleswig-Holsteinischer Invaliden und unbemittelter Kranken.

25,000 Loose und 6250 Gewinne.

Gewinne der ersten Klasse:

1	Mobiliar, bestehend aus Divan, 6 Stühlen, 2 Lehnstühlen, Pianoforte, Klavierbock, Sophatisch, Teppich im Werthe von	1680 Mark,
1	Pianoforte	720 "
1	Causeuse, 6 Stühle, 1 Sophatisch	525 "
3	Garnituren Pelzwerk (Nerz) a 160 M., im Gesammtwerthe von	450 "
8	Regulatoren a 70 M., im Gesammtwerte von	560 "

12 Gewinne a 60 M., 16 Gewinne a 31½ M., 31 Gewinne a 24 M., 48 Gewinne a 23½ M., 104 Gewinne a 16½ M. u. s. w.

Ziehung der ersten Klasse am 24. November 1875.

Loose zur ersten Klasse à 75 Pfennige (7½ Sgr.) sind zu haben in der Exped. d. **Posener Zeitung.**

Eine Wohnung

von 3 Stuben und Küche ist St. Adalbert Nr. 3 zu vermiethen.

Wilhelmsstraße 9 ist **ein**

Laden

zu vermiethen. Näheres bei

Jacob Appel.

Gartenstraße Nr. 1—2 ist im 1. Stock eine neu tapezirte und gestrichene Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, Küche und Nebengelaß zu vermiethen und sogleich zu beziehen. Näh. daselbst bei **H. Nowakowski.**

Ein Zimmer möbl. oder unmöblirt sofort zu verm. Näh. Breitestraße 10 in der Bonbonfabrik.

---

1 f. möbl. Zimmer mit Burschengel. ist Halbdorfstr. 39, 1. Et. zu verm.

In dem neuerbauten Hause St. Adalbert 27 sind noch mehrere Wohnungen sofort zu vermiethen. Das Nähere daselbst beim Haushälter.

Hohe Gasse 6 eine gr. Stube 3 Tr. 1. Dezember zu vermiethen.

Remisen sind zu vermiethen Breitestraße Nr. 21.

Dominium **Góra** sucht zum 1. Januar 1876 einen energischen

Hofbeamten,

der deutschen und polnischen Sprache mächtig. Gehalt 360 Mark. Bewerber wollen ihre Zeugnisse sub Adresse Oberinspektor **Fischer** — **Góra** einsenden, resp. sich persönlich vorstellen. Reisekosten werden nicht erstattet.

---

1 tüchtiger Unterbrenner

findet sofort Stellung in der Brennerei zu **Chludowo** bei Posen.

Eine ordentliche **Aufwärterin** wird Lindenstraße 6, 2 Treppen rechts, sofort gesucht.

Einen **Lauf-** und einen **Arbeitsburschen** sucht R. Braun, Neuestr. 4.

Das Dom. **Chomiaza** bei Mogilno sucht zum sofortigen Antritt einen unverheiratheten, beider Landessprachen mächtigen

Wirthschaftsbeamten.

Persönliche Vorstellung erwünscht. Gehalt nach Uebereinkunft.

Der landschaftliche Sequestor

Sehr geübte **Schneiderinnen** finden Beschäftigung bei **J. Slomowska**, Wilhelmsstr. 24.

Damen, welche die Schneiderei zu erlernen wünschen, können auf Wunsch in ihrer Wohnung von mir unterrichtet werden. Zu erfragen Wasserstraße 13.

J. Iglauer im 3. Stock.

Ein kräftiger Bursche,

der das Wurstgeschäft erlernen will, kann sich melden Bergstr. 15.

Wir suchen für unsere Weinhandlung spätestens p. 1. Januar k. J. unter günstigen Bedingungen einen tüchtigen, soliden

Reisenden,

der die Provinzen Schlesien und Posen bereits längere Zeit für die gleiche Branche mit gutem Erfolg besucht hat. Bewerber belieben sich brieflich unter genauer Angabe ihrer bisherigen Stellungen an uns zu wenden. (H. 11350a.)

J. Mentzel & Co.
in **Stettin.**

Als **Aufseher** ꝛc. für ein **großes Etablissement** suche bei **800 Thlr.** und **freier Wohnung** eine **ehrliche** und **zuverlässige Persönlichkeit. A. Otto**, Taubenstraße Nr. 23, **Berlin** W.

Ein unverheiratheter **Wirthschafts-Inspektor**, 27 Jahr alt, 9 Jahr b. Fach, beider Landessprachen mächtig und militärfrei, sucht bald oder zum 1. Jan. 1876 als solcher Stellung. Gefl. Offerten unter sub **N. N. 120** postlagernd Posen.

Eine **Nähterin** empfiehlt sich zur Arbeit außer dem Hause.

Frau **Rydlewska**,
Alten Markt Nr. 37.

---

2 kräftige gesunde Ammen aus Gnesen weist nach (W. 194)

Miethsfrau **Sternetzka.**

Hausmädchen, Köchin, Kinderfrauen und **Haushälter** weist nach

Miethsfrau **Sternetzka,**
(W. 195) Gr. Gerberstr. 41.

Ich warne hiermit Jeden, meinem Sohne **Joseph Iwankowski** etwas zu borgen oder Geldauslagen zu machen, da ich für Nichts aufkommen werde.

Posen, den 1. November 1875.

Ignac Iwankowski.

Am 1. November d. J. in der Nacht ist eine Falben-Stute vom Fohlen in Kwilcz, 5 Jahre alt, 3' hoch, mit Geschirr, Leine und Halfter verloren gegangen. Um nähere Auskunft bittet bei entsprechender Vergütigung das Dom. **Cmachowo** bei Wronke.

Am 30. September ist mir eine goldene schwarz emaillirte **Cylinder-Damen-Uhr**, mit Brillanten besetzt, inwendig Goldkapsel mit 8 Steinen u. flachem Glase, Nummer 32,648, nebst langer goldener Kette mit einem groß gravirten Schieber und abgebrochenem Uhrhaken aus einem Reisekoffer gestohlen worden. Vor Ankauf wird gewarnt.

Jarociner Bahnhof.

J. Demasier.

Ein junger Hühnerhund

mit braunen Flecken auf dem Kopfe u. Rücken ist zugelaufen u. k. Langestr. 11 im 3. St. bei **R. Benz** abgeh. werd.

Zur Notiz!

Neu revidirter Text der Gesänge, mit Angabe des Inhalts der Oper:

Die beiden Schützen

und einer Einführung in dieselbe von

Hermann Mendel

Einzig rechtmäßige Original-Ausgabe.

Und sind von heute ab im Laden des Herrn **C. Bardfeld**, Neuestraße Nr. 4 zu haben.

Volks-Liedertafel.

Sonnabend d. 6. Nov. c., Abds. 7 U., im Hotel de Saxe:

Feier der Fahnenweihe.

Gesang und Tanz-Kränzchen.

Eintritt für Nichtmitglieder 1 Mark.

Die geehrten Mitglieder der

Erholungs-Gesellschaft

laden wir hierdurch zu der am

Sonnabend, den 6. November c., Nachmittags 5 Uhr,

stattfindenden ordentlichen **General-Versammlung** in unser Vereins-Lokal ergebenst ein.

Der Vorstand.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Tochter **Franziska** mit dem Kaufmann Hrn **Meyer Lewinsohn** aus San-Francisco beehren uns ergebenst anzuzeigen.

Posen, den 2. Nov. 1875.

H. Wongrowitz,
Julie Wongrowitz,
geb. Stern.

Franciska Wongrowitz,
Meyer Lewinsohn,
Verlobte.

Die Verlobung meiner Tochter **Fanny** mit Herrn **Aron Krimper** erlaube ich mir hierdurch anzuzeigen.

Philipp Biermann,
Schrimm.

Als Verlobte empfehlen sich:

Fanny Biermann,
Schrimm.

Aron Krimper,
Lissa.

Die heute Nacht 12½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau **Elise** geb. **Elwanger** von einem gesunden Mädchen beehrt sich ergebenst anzuzeigen

Nieder-Dammer, den 2. Nov. 1875.

J. Fliegel.

Am 2. d. M. 4½ Uhr Nachmittags entschlief sanft nach kurzem Krankenlager Fräulein **Caroline Leuschner** im 65. Lebensjahre.

Um stille Theilnahme bitten die Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet am 5. d. M. 3 Uhr vom Trauerhause St. Martin Nr. 33 statt.

Die Hinterbliebenen.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Hermine Rittershausen mit Hrn. Albert Klein in Berlin. Frl. Elise Schmieden mit Assist.-Arzt Dr. Albert Anschütz in Kolberg und Belgard. Frl. Franziska Hildebrand mit Apothekenbes. A. G. Bethge in Elbing. Frl. Mary Hoffmann mit Hrn. Franz Pick. Frl. Olga Rother mit Hrn. Arnold Winkler in Breslau. Frl. Martha Holtz mit Ger.-Assessor Richard Brandes in Berlin. Fräul. Eveline v. Wuestenhoff mit Lieut. E. Mattner in Gr. Salze. Frl. Agnes von Pilgrim mit Rittmeister v. Wedell in Hildesheim. Frl. Anna Kieschke, Tocht. d. Geh. O.-Reg.-Rath, mit Bauführer Theodor v. Beyer in Berlin. Frl. Agnes Dräger mit Hrn. Emil Ebell in Quedlinburg.

Verehelicht: Ger.-Assessor Carl Zillikens mit Frl. Josephine Olbertz in Grottenherten und Buir. Herr Max Sauerlandt mit Frl. Marie Plath in Berlin. Baumeister Georg Lüdicke mit Frl. Franz. Richter in Berlin. Herr Paul Spangenberg mit Frl. Emil Lasius in Berlin. Prem.-Lieut. Hermann von Schönermarck mit Frl. Frieda Wiele in Magdeburg. Hauptm. Curt von Scheven mit Frl. Wanda von Saß-Jaworska in Anklam. Herr Ernst von Münchow mit Frl. Lydia v. Münchow in Eichenberge. Lieut. Axel Freiherr von Sobeck-Kruckow mit Frl. Marie Freiin von Brockdorff in Itzehoe. Rittergutsbes. Albrecht Breyer mit Frl. Eugenie Nisle in Breslau. Herr Alfred Krämer mit Frl. Klara Landsberger in Leobschütz. Pr.-Lieut. Eugen von Puttkamer mit verwittw. Clara Jacobi geb. Braumüller in Berlin. Pastor Johannes Scheele mit Frl. Martha Knauer in Gröbers. Herr Johannes Cösentius mit Frl. Marie Fleck in Gladbach und Küstrin.

Geboren: Ein Sohn den Herren: Gutsbes. Hermann Bothe in Groß-Lessen. Paul Nalepa in Berlin. Gustav Freiherr von Urff in Kassel. v. Bethe in Hammer. Lieut. v. Branconi in Münster. Hauptm. v. Lessing in Wesel. Prem.-Lieut. Heinrich von Tiedemann in Berlin. Hugo Dzialas in Breslau. J. Fechner in Lippen. F. Schumann in Brosgawe. Rudolph Fechner in Striegau. Major von Schack in Potsdam. Oberstlieut. Ihssen in Danzig. Otto Rosenthal in Berlin. Henri Völlmer in London. Kreisrichter Lühe in Ohlau. Prof. Dr. Förster in Breslau. Eine Tochter den Herren: Fritz Vogler in Berlin. R. Hanow in Berlin. Otto Knille in Berlin. Richard Winckelmann in Berlin. J. F. A. Kopecki in Berlin. Architekt Carl Schnitzler in Berlin. Prem.-Lieut. von Ziegesar in Halberstadt. W. von Zitzewitz in Zezenow. Intendantur-Rath Fritsch in Hannover. A. Knuht in Neudorf. Postsekretär A Jäckel in Breslau. Gustav Klaepius in Berlin. Assessor v. Boxberg in Oschatz. Landrath von Lockstedt in Unheim. Freiherrn Rudolph v. Gregory in Gr. Zaucher. Dr. Rast in Schweidnitz. Diakon. Rich. Wedemann in Briesnitz bei Dresden.

Gestorben: A. Kloth Sohn Hermann in Berlin. Polizei-Ass. Kaehler Sohn Fritz in Breslau. Steuer-Insp. a. D. Karl Krickeberg in Frankfurt a. O. Verw. Henr. Epstein geb. Gumpert in Berlin. Uhrmacher Franz Thieme in Berlin. Uhrmacher L. Müller in Berlin. Frau Charlotte Zobel geb. Walter in Spandau. Verw. Oberst von Borries geb. von Stößer in Münster. Verw. Dr. Born geb. Bayer in Hannover. Hauptm. a. D. Hans Freiherr von Wagner in Schandau. Kammerherr, Landrath a. D. Erbherr auf Pronstorf Caspar von Buchwaldt in Pronstorf. Verw. Baronin Anna de Serpes geb. Meyer v. Grafenegg in Glatz. Frl. Rosamunde v. Salisch in Breslau. Rittergutsbes. Carl von Arnim auf Köckte und Schattberge in Köckte. Mühlenmstr. Carl Münchenberg in Ostrower Mühle bei Zielenzig. Verw. Frau Dorothea Alex geb. Lange in Breslau. Verw. Frau Auguste Wenke geb. Wenke in Breslau. Gutsbesitzer Helene Glatzer, verw. Schneider geb. Burckhardt, in Langenbielau. Verw. Therese Hauf geb. Runge in Tempelhof bei Berlin. Steuereinnehmer a. D. Heinrich Wegener in Grünhof bei Stettin. Kaufm. Friedrich Lierhammer in Breslau. Hof-Schlächtermeister Albert Großner in Berlin.

Frische Wurst

heute Abend bei **Langner**, St. Martin Nr. **34.**

Donnerstag den 4. November

Frische Wurst

bei **Joseph Graetz.**
(Deutsches Haus.)

Interims-Theater in Posen.

Repertoir.

Donnerstag den 4 November:

Citronen.

Lustspiel in 4 Akten von J. Rosen. (In Berlin, Leipzig, Dresden fortwährendes Repertoir-Stück.)

Freitag den 5. November:

2. Debut des Frl. E. Johnson vom Stadttheater zu Danzig u. 1. Debut des Hrn. Rechmann vom Stadt-Theater zu Düsseldorf.

Der Freischütz.

Romantische Oper in 3 Akten v. Kind. Musik von C. M. v. Weber.
* Agathe: Frl. Johnson.
* Caspar: Herr Rechmann.

Sonnabend: **Citronen.**
Sonntag: **Don Juan.**
Montag: **Der Geizige.**

In Vorbereitung:

Die beiden Schützen.
Oper von A. Lortzing.

Polnisches Theater in Posen.

Im Potocki'schen Garten.

Heute, Donnerstag, den 4. Nov. 1875.

Zweite Vorstellung
des Direktors

H. Mellini.

Magie, Physik, Optik etc.

Hierzu:

Przed śniadanie
(Vor dem Frühstück).
obrazek dramatyczny w 1 akcie przez Alex. hr. Fredry (syn) napisany.

Zum Schluß:

The Fakir u. das schlafende Mädchen.

Große phantastische Sensations-Pièce mit Anwendung des magnetischen Schlafes in 6 Tableaux.

Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Einlaß 6 Uhr. — Anfang 7 Uhr.
Ende vor 10 Uhr.

Freitag 3. und letzte Vorstellung des Direktors **Mellini.**

Die Direktion des Polnischen Theaters.

Emil Tauber's Volksgarten-Theater.

Donnerstag: **Der Postillon von Müncheberg.**

Die Direction.

B. Heilbronns Restaurant

3. Dominikanerstraße 3.

Heute u. folgende Abende große Gesang-Soiree.

Heute zum Frühstück frische **Flaki** bei **A. Romanowski**, Kl. Ritterstr. 1.

Donnerstag den 4. November cr. zum Abendbrot:

frische Kesselwurst mit Schmorkohl,

zum Frühstück **Wellfleisch** bei

Oskar Buttel,
Breslauerstr. 18.

Heute **Eisbeine** bei

Oscar Meyer,
W. 192) Halbdorfstraße 2.

Lambert's Local.

Heute Abend von 6 Uhr ab:

Fricassée von Huhn

in und außer dem Hause.

Oswald Pohl.

Heute Abend sowie jeden Donnerstag **Eisbeine** bei

A. Grosser,
Halbdorfstraße 17 a.

Restaurant Tunnel.

Heute Eisbeine und Ochsenschwanzsuppe, wozu ergebenst einladet

Jaensch, Restaurateur.

Victoria-Restaurant.

Bismarck- und St. Martinstr.-Ecke.

Heute Eisbeine

und Echt Kulmbacher Bier vom Faß, wozu ergebenst einladet

E. Mähl.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.